

Die Volksstimme
erscheint täglich mit Ausnahme
der Tage nach Sonn- und
Feiertagen.
Verantwortlicher Redakteur:
G. Baumüller, Magdeburg.
Für den Inseratenteil:
Karl Kantau, Magdeburg.
Verlag von B. Harbaum,
Magdeburg-Neustadt.
Geschäftsst.: Schmiedehofstr. 5/6
Druck von L. Arnoldt,
Magdeburg
Fernsprech-Anschluß
Nr. 1567, Amt I.

Volksstimme

Pränumerando zahlbarer
Abonnementspreis:
Bieteljähr. inkl. Bringerlohn
2 Mt. 25 Pf., monatl. 80 Pf.
In der Expedition u. den Aus-
gabestellen 2 Mt., monatl. 70 Pf.
Bei den Postanstalten 2,50 Mt.
inkl. Bestellgeld,
Eingelne Nummern 5 Pf.
Sonntags-Nummer 10 Pf.
Zeltungsliste Nr. 7095.
Inserationsgebühr 15 Pf.
Arbeitsmarkt 10 Pf.
für die gewöhnliche Seite.

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Unterhaltungsbeilagen der Volksstimme: Die Neue Welt (achtseitig, illustriert) und der Romanbogen. Außerdem: Der Landbote.

No. 185.

Magdeburg, Sonnabend, den 10. August 1895.

6. Jahrgang.

Pastor Jaesrich

hielt jüngst im evangelischen Arbeiter-Verein Budau einen Vortrag über das „soziale Leben in England“. Der Herr Pastor erzählte seine Erlebnisse in England, besprach die soziale Bewegung dortselbst, schilderte die diesjährige Matfeier und kam schließlich auf die letzten Parlamentswahlen zu sprechen, welche beweisen, daß die Sozialdemokratie unter der nüchternen und praktischen Bevölkerung Englands keine Fortschritte gemacht habe. Der Herr Pastor war hocherfreut, daß von den 43 Kandidaten der sozialdemokratischen Föderation und der unabhängigen Arbeiterpartei kein einziger bei der Wahl durchgekommen ist. Gesiegt habe nur der Arbeiterführer John Burns; derselbe habe sich aber von der Sozialdemokratie losgesagt. In dem an die hiesige Presse gerichteten Extrakt des Vortrags hebt der Herr Pastor Jaesrich hervor: „Der englische Arbeiter ist allen utopischen Zukunfts-Schwärmereien abhold. Er steht mit beiden Füßen in der Gegenwart und arbeitet nach dem Prinzip der „Selbsthilfe“ an der Besserung seiner wirtschaftlichen Lage, statt seine Kraft in politischen Kämpfen zu verzehren.“ Der Herr Pastor Jaesrich hat andere Gründe, durch welche der „Fortschritt der Sozialdemokratie“ gehemmt wurde, nicht angegeben. Wir müssen daher ergänzend eingreifen. Wir geben sofort zu, daß die Zahl der sozialistischen Arbeitervertreter sich vermindert hat — nur drei Vertreter der sozialistischen Arbeiterpartei: Burns, Wilson und Picard, halten diesmal ihren Einzug in das Parlament. Wenn daraus gefolgert wird, daß die Sozialdemokratie in England eine empfindliche Niederlage erlitten hat, oder daß die Zahl ihrer Anhänger sich erheblich vermindert hat, so ist dies grundlos. Herr Pastor Jaesrich hat wohl erzählt von seinen Eindrücken beim Besuch sozialdemokratischer Versammlungen in London, hat aber unterlassen, die Wichtigkeit des englischen Wahlverfahrens und des Wahlrechts einer Besprechung zu unterziehen. Aus dem englischen Wahlverfahren und Wahlrecht erklären sich jedem Kundigen die besonderen Resultate der diesmaligen Wahlen zur Genüge.

Jeder Kundige weiß, daß von einem allgemeinen Stimmrecht England noch sehr weit entfernt ist. Obwohl die Altersgrenze für die Wahlberechtigung beim 21. Lebensjahre gezogen ist, sind aber nur 16 Prozent der Bevölkerung Englands wahlberechtigt. Hätte Pastor Jaesrich diese Frage seinen Zuhörern erörtert, hätte er weiter hinzuzufügen müssen: circa drei Millionen erwachsene Staatsbürger besitzen in England kein Wahlrecht. Daß diese Staatsbürger der Arbeiterklasse angehören, wird der Geistliche nicht leugnen können. Jeder Kundige (auch wenn er England nicht bereist hat) weiß, daß die Wahlberechtigung auf dem Grundbesitz fußt; daß das Wahlrecht bedingt ist durch Grundbesitz, wenn auch im Laufe der Zeit die Wahlbefähigung auf das Innehaben einer eigenen Wohnung ausgedehnt wurde.

Stimmberechtigt sind nämlich nur diejenigen wenigstens 21 Jahre alten männlichen Personen, welche über einen Grundbesitz im Mindestwert von 2 Pfund Sterling (40 Mark) verfügen oder eine eigene Wohnung gemietet haben für nicht weniger als 10 Pfund Sterling (200 Mark) auf das Jahr. Außerdem müssen alle Wähler eine beträchtliche Zeit lang an demselben Orte sesshaft gewesen sein und zwar Grundbesitzer mindestens 3 Monate, die übrigen Wähler wenigstens 12 Monate lang vor dem letzten 15. Juli. Die Wahllisten werden nach dem 15. Juli angefertigt, treten jedoch erst am 1. Januar des folgenden Jahres in Kraft. Wer also nicht am 15. Juli 1894 bereits ein volles Jahr lang seine 200 Mark kostende Wohnung innehatte, wer mithin nicht jetzt schon über 2 Jahre eine solche Wohnung in ein und demselben Wahlkreis bewohnt, konnte diesmal nicht mitwählen.

Herr Pastor Jaesrich wird nun zugeben müssen, daß die gesamte nicht sesshafte Arbeiterbevölkerung von vornherein vom Wahlrecht für alle Zeiten ausgeschlossen ist — von „empfindlichen Niederlagen“ sonach vor einem urteillosen Publikum sehr wohl geredet werden kann. Uns wundert es nicht im geringsten, daß die Partei des Proletariats nur sehr wenig Aussicht darauf hat, ihre Vertreter in das Parlament zu bringen, zumal auch in England die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung, nämlich volle 90 Prozent derselben mit weniger als 50 Pfund (1000 Mark) jährlich auskommen muß, also auch nicht in der Lage ist, eine Wohnung im Werte von 10 Pfund (200 Mark) zu mieten resp. dauernd zu behaupten.

Wenn Herr Pastor Jaesrich weiter behauptet, der englische Arbeiter ist allen utopischen Zukunfts-Schwärmereien abhold, daß er nur an der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage arbeitet, seine Kraft nicht im politischen Kampfe verzehrt, so stimmen wir dem im allgemeinen zu. Auch in der Neuen Zeit (Heft 43) hat unser Parteigenosse Bernstein in einem Artikel: „Die Arbeiter und der Wahl-

kampf in England“ gesagt: „Der Arbeiter macht die Aufgabe seiner Stimme nicht von dem abhängig, was in der Vergangenheit, noch von dem, was in weiterer Zukunft liegt, sondern ausschließlich von dem, was in der unmittelbaren Gegenwart vor ihm liegt. Und da die Arbeiter Lancashire's bekanntlich von einer Währungsveränderung, von einer Zurücknahme der indischen Einfuhrzölle auf Baumwollfabrikate und ähnlichen Maßregeln Hebung des Exports der Fabrikate Lancashire's erwarten, so stimmten sie für die Kandidaten, die sich auf all diese schönen Dinge verpflichten.“ Daraus ergibt sich aber, daß ein Teil der englischen Arbeiter seine Klassenlage noch nicht erkannt hat und allen Klugschwärmern (ob sie im Lalar oder im Frack einherschreiten) Folge leisten. Wir sehen, trotz der Unterströmung eines latenten Interessenkampfes zwischen Unternehmern und Arbeitern auf der ganzen Linie, doch nicht den Klassenkampf der Arbeiter gegen die Unternehmer in nationalem Umfange, sondern allerhand sehr verschiedenartig geführte Kämpfe von speziellen Abteilungen der Arbeiterschaft; keine einheitliche Auffassung der Tragweite des Gegensatzes, sondern Reflexion desselben in den Köpfen und Uebertragung desselben auf die Politik je nach dem Höhepunkt der Entwicklung und der besondern Lage der Industrie oder nach örtlichen Konstellationen. Weil kein politischer Druck künstliche Parteigebilde schafft oder die Parteien künstlich zusammenhält, sehen wir alle möglichen Keime sich auswaschen, alle möglichen Unebenheiten sich entwickeln, die größten Verschiedenheiten der Art des Kampfes nebeneinander sich ausbilden und neben den Gegensätzen von Arbeitern und Unternehmern auch die Gegensätze von Arbeitergruppen zu Arbeitergruppen in den politischen Kampf hineinspielen.

Wir wissen nicht, ob Herr Pastor Jaesrich die „nüchternen und praktische Arbeiterbevölkerung“ Englands auch von dieser Seite charakterisiert hat.

Das eine steht aber fest, daß der politisch thätige Teil der Arbeiterkreise immer entschiedener in das Lager der revolutionären Sozialdemokratie gedrängt und daß durch den Ausfall dieser neuesten Unterhauswahl mehr und mehr auch die Gesamtheit der Arbeitermassen sich zu politischer Thätigkeit aufgerüttelt fühlen wird, denn wahrlich, die große Masse des englischen Volkes wird es nur zu schwer empfinden, daß es von der Teilnahme an einer Gesetzgebung gänzlich ausgeschlossen ist, welche angeblich die Lage der wirtschaftlich Ausgebeuteten zu bessern bestimmt ist, tatsächlich aber ohne allen Zweifel nur sehr wenig leisten wird.

Herr Pastor Jaesrich rühmt vor den Mitgliedern des Evangelischen Arbeitervereins, daß er viel die sozialdemokratischen Versammlungen in London besucht habe. Vielleicht sieht sich derselbe Geistliche einmal veranlaßt, die Versammlungen der Sozialdemokraten Magdeburgs zu besuchen. Eine Diskussion mit seinen Landsleuten würde ihm zeigen, daß man wohl viel erlebt haben kann, aber das Erlebte nicht verstanden oder aber aus ganz besonderen Rücksichten entstellt wiedergeben kann nach der Jesuitenmoral: Der Zweck heiligt die Mittel. Und eine solche Handlungsweise muten wir einem evangelischen Geistlichen nicht zu.

Politische und volkswirtschaftl. Uebersicht.

Wider die Sozialdemokratie. Aus Karlsruhe wird geschrieben: Bei dem Festakt des Landeskriegesfestes hielt der Großherzog eine halbstündige Ansprache, Liebe und Gehorsam als Grundpfeiler für Staat, Gemeinde und Familie hinstellend. Die alten Soldaten möchten bestrebt sein, alle Bestrebungen zu bekämpfen, die darauf ausgingen, diese feste Ordnung zu gefährden oder zu zerstören. Selbstverständlich ist dabei in erster Linie die Sozialdemokratie gemeint. Aber alle solche Ermahnungen werden nicht verhindern, daß sich ihr immer mehr „alte Soldaten“ anschließen.

Schmutzig. Das Leipziger Tageblatt, das offenbar seine Freunde kennt und daraus auf andere schließt, schreibt: „Die meisten der sozialistischen Parteiführer, die jetzt Opposition gegen das Agrarprogramm machen, werden aus der Parteikrippe gefüttert und lassen sich deshalb leicht mundtot machen.“ Du gleichst dem Geiste, den du begreifst.

Die deutschsoziale (antisemitische) Reformpartei will sich ein neues Programm leisten (hoffentlich kein Agrarprogramm). Die Programmkommission wird demnächst im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammentreten.

Die Kreuzzeitung hatte vor einiger Zeit das Vorhandensein eines jüdischen Kohlenrietas in Oberschlesien behauptet, bestehend aus den Berliner Großhändlerfirmen Cäsar Wollheim und Emanuel Fried-

länder u. Co., welche die Produktion der meisten ober-schlesischen Gruben, 8—8¹/₂ von im Ganzen 10 Millionen Tonnen, an sich gezogen hätten und die Verkaufspreise für Steinkohlen in Oberschlesien hochhielten. In der Berliner Korrespondenz wird diese Behauptung widerlegt.

Widerlegt! Eine offiziöse Meldung erklärt, die Tagelöhner-Entlassung bei der Hauptgüter-Expedition in München erfolgte wegen Beschäftigungsmangel, nicht des neuen Sparsystems halber. Sonderbar bleibt immer, daß beim „Beschäftigungsmangel“ immer nur die wirklichen Arbeiter entlassen werden.

Die Tischler-Innungsmeister sind in Dresden versammelt. Da vertrauliche Mitteilungen über die Berliner Konferenz gegeben werden sollten, wurden die Vertreter der Presse aufgefordert, den Saal zu verlassen. Nachdem dies geschehen, tagten die Innungsmeister hinter verschlossenen Thüren. Nichtsahnende Gesellen.

Unregelmäßigkeiten bei der Orisrankenkasse. Aus Schwelm i. W. wird über merkwürdige Zustände in der dortigen, etwa 800 Mitglieder zählenden Orisrankenkasse berichtet. Die früheren Revisionen müssen sehr oberflächlich gewesen sein, da eine neuerdings vorgenommene Revision zahlreiche Unregelmäßigkeiten aufdecken konnte, die seit Jahren vorgekommen sind. Da der Vorstand die Uebelstände nicht abstellte, auch sein Amt nicht niederlegen wollte, so kam es endlich zu seiner Absetzung und zur Ernennung eines kommissarischen Vorstandes durch die Regierung. Die Untersuchung ergab u. a., daß Einnahme- und Ausgabe-Journal seit November 1892 nicht beigetragen waren, ebenso wenig das Heberregister. Die Kassabücher waren mangelhaft geführt und monatelange Rückstände vorhanden. Die dem Vorstande angehörenden Arbeitnehmer waren von der Beitragspflicht befreit, was gesetzlich unzulässig ist. Seit Jahren gab es keine Krankenkontrolle, die Firma des Vorstehenden war jahrelang mit ihren bedeutenden Kassenbeiträgen, die doch zu zwei Drittel von den Arbeitern eingezogen werden, im Rückstande, auch andere Arbeitgeber waren zum Teil im Rückstande. Es ist erklärlich, daß unter diesen Umständen die Kasse erheblich rückwärts ging und anstatt des vorgeschriebenen Reservefonds ein Defizit vorhanden war.

Auf dem Nordostkanal betragen die Einnahmen an Kanalabgaben und Schleppegebühren im Monat Juli zusammen 63 181 Mt. Während sie in der ersten Juliwoche sich auf 11 766 Mt. beliefen, haben sie sich in der Woche vom 28. Juli bis 3. August auf 21 027 Mt. gestellt.

Belgien.

Die Abstimmungen über das Schulgesetz haben erwiesen, daß das Ministerium über eine feste klerikale Mehrheit verfügt. Obwohl der Universitätsprofessor Abg. Denis der Kammer statistisch nachwies, daß 200 000 schulpflichtige Kinder ohne jeden Schulunterricht aufwachsen, wurde der obligatorische Volksschulunterricht mit 80 gegen 46 Stimmen, die Unentgeltlichkeit des Schulunterrichts mit 91 gegen 43 Stimmen verworfen. Wo das Pfaffenrum das Zepher schwingt, siehts mit dem Schulunterricht recht traurig aus.

Italien.

Der Senat nahm mit 88 gegen 12 Stimmen die Finanz- und Schutzmaßnahmen an und vertagte sich auf unbestimmte Zeit.

Zur Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen.

Inland.

Die Agitationskommission der Handels-Gewerkschafter veranstaltet in den Monaten September und Oktober eine Agitationstour durch Mittel- und Süddeutschland. — In Halle a. S. ist wieder einer Anzahl Maurer der Stundenlohn von 40 Pfennig bewilligt worden. — Der Streik bei Scharrer u. Groß in Nürnberg ist beendet. Erreicht wurde eine Lohnerhöhung von 1—5 Pfennig pro Stunde. — Die Former in Sachsenhausen bei Frankfurt a. M. sind in Lohnbifferenzen geraten und bitten daher um Vermeidung des Zugugs. — In der Korkfabrik von Breuer und Bauer in Rölln ist ein Streik ausgebrochen. Alle Korkarbeiter werden dringend ersucht, den Zugug zu vermeiden. — Sämtliche Steinbildhauer Dresdens befinden sich im Streik. Sie verlangen, wie wir schon berichteten, daß die Unternehmer die Werkzeuge künftig auf ihre Kosten scharfen und nach der Arbeitsplätze transportieren lassen sollten. Zugug ist zu vermeiden. — In Waldbühelbach in Hessen haben 35 Steinhaue die Arbeit niedergelegt, weil die dem Verband angehörenden Kameraden ausgepörrt worden waren. Zugug ist streng zu vermeiden. — Eine in Köln zahlreich besuchte Proletkerversammlung der Maurer-

Zimmerer, Dachdecker, Stuckateure, Maler, Klempner, Bauarbeiter etc. gegen die heutigen Verhältnisse im Bau- gewerbe wurde die Absendung einer Denkschrift an den Reichstag beschlossen, welche diesem gelegentlich der Beratung der Arbeiterschutzgesetz-Novelle vorgelegt werden soll. —

Ausland.

Die Klempner in Malmö haben an die Unternehmer die Forderung gestellt, eine Lohnerhöhung von 30 bis 35 Ore zu gewähren. Da sämtliche Unternehmer die Lohnerhöhung verweigerten, so erfolgte die Arbeitseinstellung und stehen 30 bis 40 Arbeiter aus. An die deutschen Klempner wird das dringende Ersuchen gerichtet, den Zugang von Malmö fernzuhalten und die Streikenden nach Möglichkeit zu unterstützen. Adresse: F. Rangnitt, Hörentingsgatan 5, Malmö (Schweden). — Die Zahl der Streikenden in Carmaux beträgt im ganzen 1700, 1100 Glasbrenner und etwa 600 andere Arbeiter, Maurer, Schmiebe, Töpfer, Mechaniker, Montierer usw., welche für den Ofen von Carmaux und den von Bousquet d'Orb alles erforderliche Arbeitsmaterial herzustellen haben. —

Aus den Gerichtssälen.

§ Magdeburg. (Landgericht.) Der Arbeiter Gottfried S. hier, geboren 1853, stahl der unverschuldeten Emma K. eine Mark. Er wurde wegen Diebstahls im wiederholten Rückfalle zu 6 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. — Den Materialwarenhändler Hermann M. in Hannover, geboren 1865, trafen wegen Pfandentziehung 50 Mark Geldstrafe eventl. 10 Tage Gefängnis. — Der Schlosser Wilhelm B. zu Klein-Ottersleben, geboren 1860, stahl in der Nacht zum 8. März d. J. aus dem verschlossenen Keller eines Kaufmanns zu Groß-Ottersleben mittelst Einsteigens und Einbruches 8 bis 12 Centner Saattrostfellen. Der Gerichtshof strafte ihn wegen schweren Diebstahls mit 4 Monaten Gefängnis. — Die unverschuldeten Marie W. zu Budaun hatte drei uneheliche Kinder auf dem Standesamte als ehelich geborene angemeldet, wodurch sie sich eine intellektuelle Urkundenfälschung im Verein mit Vergehen gegen § 169 des Str.-G.-B. in drei Fällen zu Schulden kommen ließ. Sie wurde mit 4 Wochen Gefängnis, unter Anrechnung von 3 Wochen Untersuchungshaft, bestraft. — Die Aufwärterin Minna M. zu Subenburg, geboren 1878, stahl am 31. Mai d. J. eine goldene Remontoiruhr nebst Kette im Werte von 400 Mark. Die Angeklagte ist geständig, den Diebstahl ausgeführt zu haben. Sie wurde mit 1 Monat Gefängnis bestraft. — Der Handlungsgehilfe Wilhelm Witte, geboren 1848, und der Comptoirist Wilhelm Fischer, geboren 1866 zu Neustadt, beide vorbestraft, waren seit einer Reihe von Jahren bei der Aktiengesellschaft der Metallwerke vormals F. Aders angestellt und fälschten seit September 1893 bis zu Anfang dieses Jahres gemeinschaftlich die wöchentlichen Lohnlisten, indem sie höhere Beträge einstellten und fingierte Namen von Arbeitern eintrugen. Die auf Grund der Listen aus der Gesellschaftskasse mehr gezahlten Summen in Höhe von zusammen über 3000 Mk. teilten sie sich. Als die Fälschungen und Betrügereien entdeckt wurden, verschwand B. heimlich und verantraute zuvor noch die in der Frachtkasse vorhandenen 120 Mk. Bestand, die er mitnahm und für sich verausgabte. Die Angeklagten räumten ihre Schuld im wesentlichen ein. Der Gerichtshof verurteilte B. zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust, F. zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust. — Der Bäcker Karl W. zu Schönebeck, geboren 1876, stahl in

der Herberge zur Heimat eine Hofe, ein Paar Schuhe, 35 Pfg. und eine Zigarre. Hofe und Schuhe hing er, als der Diebstahl entdeckt wurde, wieder in den Schrank. Der Angeklagte erhielt 4 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von einem Monat Untersuchungshaft. — Der Schulknabe Karl R. zu Groß Ottersleben, geboren 1881, stieg am 9. Juli d. J. durch ein Hoffenster in die Wohnung einer Witwe und stahl zwei Fünfszigpfennigstücke, angeblich, weil er Hunger hatte und sich Nahrungsmittel kaufen wollte. Ihn trafen 2 Wochen Gefängnis, die für verbüßt erklärt wurden. —

§ Mittweida. (Sittlichkeits-Verbrechen.) Wegen Vergehens wider die Sittlichkeit wurde am 30. Juli der Direktor der Weichthaler Aktienspinnerei Hofmann vom hiesigen Schöffengericht zu 500 Mark Geldstrafe eventuell sechs Wochen Gefängnis verurteilt. —

Tages-Chronik.

Magdeburg, 9. August 1895

— Vom „gleichen Recht“ für Alle. Dem Allgemeinen Arbeiterverein war es bisher politischerseits nicht gefallt, Bergnügungen zu anfangen, an denen Frauen teilnehmen konnten. Die Bergnügungen wurden betrachtet als Zusammenkünfte eines politischen Vereins, an denen laut Vereinsgesetz Frauen, Schüler und Lehrlinge nicht teilnehmen dürfen. Selbst das Kammergericht erkannte dies für recht an. Optimalistische Leute glauben nun, jener Entscheidung erstreckte sich auf alle Vereine, gleichgültig, ob sozialistisch, nationalliberal oder freisinnig, da „vor dem Gesetz alle Bürger gleich sind“ resp. sein sollen. Diese Optimisten werden bald von ihrer Schönheiter geheilt werden, denn oft genug können sie lesen, daß nicht sozialdemokratische Vereine, aber doch politische, sich auf Bällen mit den Schönen der Erde amüsieren. So hält jetzt ab, und zwar in einem Solale, dessen Vint vom „gleichen Recht der Versammlungsfreiheit“ nichts wissen will. Und wie viele Vereine, die sich mit politischen Dingen befassen, werden am 2. September gegen das Vereinsgesetz verstoßen. Bisher ist aber noch kein Bezirksverein, noch kein christlicher Arbeiterverein in den Rahmen des Kammergerichtsentzweites eingepaßt worden. Ob das künftighin geschehen wird, bleibt abzuwarten. —

— Die Antisemiten (an deren Spitze Liebermann v. Sonnenberg) besaßen am Dienstag die Schönheiten unseres Schützenfestes. Es wurden nur Lokale besucht, welche in der Volkshausgasse infiziert hatten. Ganz besonders wird gerühmt das Lokal des Herrn Robert Günther. (R. Günther ist Inhaber des Dreilaubersbundes [rühre Rosal] und bei den Sozialdemokraten seine Lokalitäten verweigert.) Der Bericht über die Kundreise schließt: Ueberall war dabei namentlich von Seiten eines jüngeren Organisationsgenossen für unsere Zeitung agitiert worden und der Besuch war ein überraschend guter. Anzeigen und Abonnenten wurden erlangt. Wie oft sind unsere Parteigenossen in größerer oder kleinerer Zahl in Lokalen versammelt, wo sie das Halten der Zeitung und Anzeigen mit Begeisterung erlangen könnten. Leider geschieht dies viel zu wenig. Der Bericht unterläßt anzugeben, daß abends zwischen 9 und 10 Uhr die Antisemiten sich auch im Hippodrom amüsieren. Viel Vergnügen. —

— Diebstahlsverbot. Durch Erlass des I. L. Ministeriums des Innern zu Wien vom 12. Juli d. J. ist die Einfuhr von Rindvieh nach Ostpreußen, Ungarn aus nachstehenden, von der Lungenseuche betroffenen Sperrgebieten des Deutschen Reichs: 1) Regierungsbzirkle Magdeburg, Mecklenburg und Köln, 2) Kreishauptmannschaft Leipzig, 3) Großherzogtum Sachsen-Weimar, 4) Herzogtum Braunschweig, 5) Herzogtum Anhalt, bis auf weiteres verboten. —

— Nummer 236 des Wahren Jakobus ist erschienen und in unserer Buchhandlung sowie bei den Kolporturen zu haben. Die Ausstattung ist gleich den früheren Ausgaben eine gute und können wir auch diese Nummer angelegentlich empfehlen. —

— Zur Bahnsteigsperre. Einer kürzlich erlassenen Verfügung zufolge ist den Reisenden mit durchgehenden Fahrkarten, welche auf den Zwischenstationen während des Abwartens des Zugwagens einen Gang in den betr. Ort machen wollen, der Aus- und Eingang durch die Kontrollschranken gegen Vorzeigung des Fahrausweises gestattet. —

— In der hiesigen städtischen Krankenanstalt fanden Aufnahme: der Anstreicher Ludwig M., der bei der Arbeit in der Neuen Maßstraße gefallen war, wobei er sich Aufschußwunden im Gesicht zugezogen hatte, und der halbjährige Knabe Ami S., der sich den linken Schenkel gebrochen hatte. —

— Choleraergriffe tauchen wieder auf. In sensationeller Weise werden diese Gerüchte von den bürgerlichen Blättern wiedergegeben. Wir mahnen allen Choleraergriffenen gegenüber zur Besonnenheit

und Ruhe, die durch eine vernünftige, in allen Dingen Maß haltende Lebensweise, besonders durch peinliche Reinlichkeit des Körpers und der Wohnung unterhalten werden mögen! —

Zum Streit in der Uferschen Feilenfabrik.

In der Werkstätte des Herrn Koch in Linden bei Hannover war seit langer Zeit der Feilenhauer Franz Bettfal beschäftigt, welcher sich durch verschiedene hier nicht näher anzuführende, den Feilenhauern aber durch die Metallarbeiter-Zeitung bekannt gewordene Gründe äußerst mißliebige gemacht hatte, so daß seine Handlungsweise in öffentlicher Versammlung gerügt werden mußte. Obgleich Bettfal die rechte Hand seines Arbeitgebers war, d. h. ihm alle Neuigkeiten, die er seinen Berufsgenossen abgelauscht hatte, hinterbrachte und sonach in dem Glauben sich eingelullt hatte, eine „feste Stellung“ zu haben, mußte auch er eines schönen Tages springen — er ging auf Wanderschaft. In Magdeburg bekam er auf der Uferschen Feilenfabrik (Dvenstedterstr. 22) Anstellung. Seine neuen Arbeitskollegen befürchteten, daß Bettfal hier seine frühere Rolle weiter spielen würde und setzten sich mit Herrn Ufer ins Einvernehmen. Sie verlangten die Entlassung des Herrn Bettfal. Auf diese Forderung ging Herr Ufer nicht ein. Er wollte sich von niemand Vorschriften machen lassen, und überließ es seinen Arbeitern zu gehen oder zu bleiben — wir bekommen Arbeiter für Zucker, hieß es. Wie nicht anders zu erwarten, widersprachen die Arbeiter. Sie, welche jahrelang unter den niedrigsten Lohnbedingungen ihren Verpflichtungen nachgekommen waren, benutzten gleich die Gelegenheit, zur Verbesserung ihrer sozialen Lage eine Lohnerhöhung von 20 Prozent zu fordern. Und als auch dieses Verlangen abgelehnt wurde, legten sämtliche Feilenhauer und — Feilenschläger die Arbeit nieder. Wie wir erfahren, hat sich bis zur Stunde noch niemand gefunden, der „für Zucker“ die Arbeit in der Uferschen Fabrik aufgenommen oder dort Stellung gesucht hat. —

— Gera. (Unsitthlicher Verkehr.) Drei verheiratete Männer wurden in Untersuchung genommen, die mit einem 14jährigen Schulmädchen in verbotenem Verkehr gestanden haben. —

— Halle. (Wittigkeit.) Infolge Wittigkeit brachte der im zweiten Stock des Hintergebäudes Böddstraße 14 wohnhafte Favalide Wah seiner Ehefrau mit einem Tischmesser eine mehrere Centimeter tiefe Wunde im Rücken bei. Die schwerverletzte Frau wurde nach der Klinik gebracht. —

— Pöhlitz. (Wermut.) Am Sonnabend abend schüttete der Arbeiter Smool bei einer Schlägerei vor seinen Rasolfern in der Dunkelheit auf der Chaussee nach Pöhlitz zu. Seit dieser Zeit ist S. verschwunden, alle Nachforschungen waren resultatlos. —

— Jüteborg. (Unter Trümmern begraben.) Bei dem Abbruch eines Hauses stürzte eine Mauer ein; vier in der Nähe spielende Knaben im Alter von 10 bis 12 Jahren wurden unter den Trümmern begraben: einer derselben wurde sofort getödtet, die übrigen drei wurden schwer verletzt. —

— Karlsruhe. (Falschmünzer.) Unter der Beschuldigung, falsche Ein- und Zweimarkstücke verfertigt und vrrausgab zu haben, wurde der Mechaniker Hummel verhaftet. —

— Köln. (Ertrunken.) Ein mit dem Anstreichen der festen Rheinbrücke hieselbst beschäftigter Gehilfe stürzte heute vormittag in die Tiefe und ertrank. —

— Saarouis. („Schlagende Wetter.“) Aus Kraulautern bei Saarlouis wird gemeldet, daß auf der Grube Kronprinz durch Schlagende Wetter 5 Bergleute schwer verletzt wurden; einer wird vermißt. —

— Delpe. (Vom Blitz erschlagen.) Eine Frau von hier, die mit ihren zwei Kindern vor einem hereinbrechenden Gewitter hinter einer hohen Roggenstiege Schutz gesucht hatte, wurde vom Blitz erschlagen. Das auf ihrem Schoß sitzende 1 1/2 jährige Kind wurde bestunungslos aufgefunden und wird sich voraussichtlich nicht wieder erholen. Das andere Kind, das etwa 4 Jahre zählen mag, wurde am Bein gelähmt. —

— Würzburg. (Großfeuer.) In Zimmer sind 20 Wohnhäuser niedergebrannt. —

Feuilleton. (Katholik verbannt.)

Six Geld des Geistes und des Schweres.

Günstiger Roman aus den Zeiten des deutschen Kaiserthums von A. Ditts-Walksz.

„Das ist ein Grund mehr, Severin wieder gehörig herunterzubringen,“ jagte Filler.

„Er hat viele und ängstlich thätige Freunde.“

„Und Ihr, Herr Bürgermeister, habt einen unwandelbaren, treuen und thätigen Freund an mir, und der Laifel müßte drinnen sitzen, wenn Ihr mit Eurer hohen Stellung, unterstützt durch mich und meine Leute, nicht jenes Parfüm mächtig werden könntet. Ist außerdem nicht auch Herr Wolf Hoffmeister da, ist er nicht?“

„Herr Hoffmeister, mein werter Kollege, ist jetzt ein ganz anderer Mann. Ich habe viel von seiner Unterstützung gehofft, wenn er zurückkehren würde, aber er ist wie im Handumdrehen kaputt geworden.“

„Weil Ihr ihn nicht gehalten habt, Herr Bürgermeister. Mein Vater jagte immer: es giebt nur zwei große Fehler in der Politik, der eine liegt darin, einen Menschen nicht zu füttern, der gefüttert werden muß, oder den nicht füttern zu lassen, der schließlich nicht gehalten werden kann. Der zweite Fehler ist, einen nicht zu halten, den man sehr gut einmal brauchen könnte. Schon mancher hat den letzten Rettungsschub, der ihm überhört gebildet war, vor seinem eigenen Niedergang fallen lassen, so er ihn erhalten konnte. Ihr müßt Euch unbedingt Herrn Wolf Hoffmeisters annehmen, um ihn später als Stütze zu haben.“

„Man war so sehr gegen ihn.“

„Die man es schließlich gegen Euch sein wird, wenn Euch der letzte Halt verloren geht. Herr Hoffmeister bedarf nur einer durchgehenden Hand, um aus dem Strudel herauszubringen, der während seiner Abwesenheit zu seine ängstliche Stellung entstanden war. Ein kräftiges Schwert von Eurer Seite war für den ersten Anfang reichte ihn und damit für Euch eine mächtige Stütze.“

„Was man so von hinter angewiesen und unverschämten Schmeicheleien umgeben ist.“

„Beruht man das Vertrauen zu sich selbst und gewöhnlich die Rücksicht; das läßt sich ungemein leicht

begründen. Jetzt aber verlange ich gerade deswegen Zweierlei von Euch, einmal, daß Ihr dem Antrage des Herrn Severin entspricht und mich zur Verantwortung wegen meiner angeblichen Verschwörungen mit dem General-Fristen von Wustrow vorladet.“

„Das wäre, nachdem Ihr ihn getödtet, geradezu lächerlich.“

„Ja gerade deshalb verlohnt sich um so mehr der Mühe, weil die ganze Säkularität des Schrittes auf Severin fallen muß.“

„Da habt Ihr allerdings recht, aber was Herrn Hoffmeister anbelangt, so kann ich . . . möchte ich nicht . . . ich kann so gewissermaßen seine Berufung nicht vornehmen, ohne mir selbst eine Dyrzeige zu versetzen. Ich habe so gewissermaßen das Versprechen gegeben, ihn fernhin amtlich nicht mehr einzuladen; wenn er aber freilich von selbst zu kommen für angezeigt hielt, um sein Recht auszuüben . . .“

„Werdet Ihr ihm das nicht verwehren?“

„Nein, ich werde es Herrn Severin überlassen, Anträge gegen ihn vorzubringen.“

„Und Herr Severin wird sich mitier gegenwärtigen Verhältnissen sehr hüthen, dergleichen Anträge einzubringen.“

„Ich glaube es jetzt selbst. O, Herr Filler, Ihr hattet für uns alle einen guten Tag, da Ihr den Wustrow klein machtet.“

„So geht der Stözie her, Herr Bürgermeister, mitten unter dem heißen Kampf der Menschen; trotzdem haltet Ihr so sehr an der augenblicklichen Lage eines Menschen und wollt Menschenglück begründen oder wahren, als ob Ihr das könntet. Warum soll Euer Sohn das schöne gelbbraune Mädchen nicht ehelichen, da doch seine ganze Seele an ihm hängt?“

„Warum, wollt Ihr mich verstimmt machen? Was habt Ihr mir immer für Worte? Mein Sohn. Ja, wo ist mein Sohn? Ein Trübsamer, ein Nichtsthuener ist er, der sich in solchen jämmerlichen Zeiten ganz ohne die natürliche Unterstützung läßt.“

„Weil Ihr ihn in der natürlichsten Sache von der Welt im Stich gelassen habt.“

„Ach, wenn ich in diesen granzehaftesten Zeiten nur meinen Sohn hätte, er würde doch meinerthalben machen, was er wollte.“

„Nun, ich werde mir Mühe geben, ihn aufzuladen,

und dann per Schub Euch wieder zuführen. Aber Ihr hattet nicht nötig, ihn Euch zu entfremden.“

„Gut, Herr Stadtlieutenant, Ihr wißt nun vollkommen Bescheid und ich brauche Euch nicht erst zu raten. Euch bei Zeiten zur Verantwortung zu stellen. Da eben Herr Severin hier angekommen, so kann ich gleich mit ihm die Stunde festsetzen. Herr Severin, kommt doch einmal näher und sagt mir, zu welcher Zeit Euch die Verteidigung der Stadt so viel Zeit übrig lassen wird, um die Anklage gegen den Stadtlieutenant zu begründen und seine Verteidigung anzuhören?“

„Ich habe mich“, meinte Herr Severin, einen giftigen Blick auf den Bürgermeister schiefend, „durch die späteren Ereignisse belehren lassen, daß doch wohl mein dringlicher Verdacht gegen Herrn Filler, so viel Handhaben auch durch sein ordnungswidriges Gebahren gegeben worden sind, unbegründet war, und will deshalb meine Anklage gegen ihn zurückziehen.“

„So?“ rief Filler lebhaft. „Ei, das wäre ganz nett. Dem Rathherrn Severin beliebt es, mich der Veräthererei des Treubruchs, was man sagt Felonie, zu beschuldigen, anzuklagen, mich damit zum Märchen der Stadt zu machen, und nachdem man durch zufällige glückliche Umstände in die Lage gekommen ist, diese Verdächtigungen und Anklagen gründlich zurückzuziehen, soll die Klage stillschweigend zurückgenommen werden? Das wäre mit eine schöne Genugthuung. Ich verlange ordentliche Gerichtsverhandlung und als Ergebnis derselben, wie sich versteht, ordentliche Ehrenerklärung.“

„Das ist nun gegen unser Recht,“ entgegnete der Bürgermeister. „Wenn die Anklage vom Kläger zurückgezogen wird, dann wird sie von uns aus als nicht geschehen betrachtet. Zu einer Ehrenerklärung könnt Ihr dann wohl Privatpersonen veranlassen, aber nicht Amts- personen.“

„So, das ist also Braunschweigisch Recht? Aber ich kann nicht sagen, daß mir das genügt. So will ich denn hiermit Anklage erheben gegen den Herrn Severin als ehrlosen Verächtlicher, Denunzianten und Verläumder, der mich absichtlich als Veräther hat verurteilen lassen wollen. Ich verlange, daß das gesamte Rathsplenum, ohne daß eine Person davon ausgeschlossen bleibt, darüber befindet, ob eine solche gemeine Verdächtigung über mich, den Stadtlieutenant, ohne Ehrenerklärung und Genugthuung von seiner Seite hingehen darf.“

(Fortf. folgt.)

Partei-Nachrichten.

Friedrich Engels wird heute begraben werden. Seinem geküßerten Willen gemäß wird sein Leichnam verbrannt. Wenige Männer und Frauen werden die Bahre umstehen, an der Millionen Menschen im Herzen trauern, wozu das Proletariat dreier Erdteile mit wehmütvoller Rührung blickt. Überall, wo Klassenbewußte Arbeiter leben, hat der Tod Engels, ihres großen Lehrers und Führers, Schmerz und Trauer gebracht. So lange er unter uns wandelte, in der Größe und Echtheit seines Wesens, als geschichtlicher Zeuge des Werdens der internationalen Sozialdemokratie, war es uns, als könnten wir ihn nie verlieren. War er doch mit der gesamten europäischen Sozialdemokratie so innig verwachsen, Berater bei jeder Frage, Aufklärer in jedem Zweifel, geistiger Führer in jeder Schlacht, daß niemals der Gedanke kam, daß auch ihn einmal die Arbeiter verlieren werden. Jetzt, im Angesichte dieses Verlustes, ermißt man erst, was Engels den Sozialisten aller Länder war; jetzt erst fühlt man ganz, was die Arbeiter von ihm empfingen. An der Bahre, welche die sterblichen Ueberreste des herrlichen Mannes birgt, erneuern die Arbeiter aller Länder und Sprachen das unverbrüchliche Gelöbniß, in dem Geiste ihres Vorkämpfers weiter zu kämpfen, rastlos fortzuschreiten auf dem Wege, den sie uns gewiesen, bis der Tag der Befreiung gekommen, das Reich der menschlichen Freiheit aufgebaut sein wird. Und in diesem Schwure wissen sie, daß der Geist von ihren Vorkämpfern sie nicht verläßt, wenn man ihr Sterbliches begräbt, sondern mit der Sozialdemokratie lebt und unverlierbar ist. — Als Vertreter der deutschen Sozialdemokratie bei der Verbrennung der Leiche Engels, begeben sich Hebel, Liebknecht und Singer nach London. Auch Berlin schickt zwei Vertreter. — Parteigenossen! Die Buchhandlung des Vorwärts kündigt „Friedrich Engels Leben, sein Wirken und seine Schriften“ an. Die Bedeutung des neben Marx größten Theoretikers des modernen Sozialismus rechtfertigt es, daß wir anlässlich des unerwartet frühen Todes des Altmeisters der deutschen Sozialdemokratie, dessen Leben in Wort und Bild vorführen. Der Preis der Broschüre (mit dem Porträt Friedr. Engels) beträgt 20 Pfennig. — Gleichzeitig empfehlen wir den Ankauf der in heutiger Nummer empfohlenen Schriften Friedrich Engels. Nur noch wenige Exemplare befinden sich am Lager. — Die Leipziger Volkszeitung rühmt sich uns gegenüber „eigene Arbeit“ zum Parteiprogramm geliefert zu haben und gebärdet sich im übrigen recht hoheitsvoll. Bei fünf Redakteuren und einem Duzend Mitarbeitern in aller Herren Ländern muß auch die Leipziger Volkszeitung etwas Hervorragendes leisten können. Da müßte sonst der Teufel drein schlagen. Daß übrigens unsere Leipziger Kollegen äußerst rührig sind, ist hinlänglich bekannt; auch wir befähigen, daß sie es verstehen, jeden „Brief“ effektiv zu verwerthen. —

Quittung. Im Monat Juli gingen bei der Parteilasse folgende Beiträge ein: Auaaburg, durch den Vertrauensmann 40,—. Aunen 10,15. Apolda, C. St. 10,—. Berlin, Beiträge der Bahnhöfe: 2 Kreis 800,— (darunter Ueberich v. „Falob“ durch Köpfer 6,—, vom Vergnügen in „Gansouci“ 2,60, innere Puffer, Vella-Kilianstraße 74 6,—). 4. Kreis (Südost) 1035,— (darunter amerikan. Kult. Schley 5 65, Verichtigung — 45, Streichholzgeschäft 5,—, Mailammlung v. d. Arb. der Schriftlehre von Verhold 55,—, hilfsbereite Sänger von Dorox I. Rate 10,—). 4. Kreis (Ost) 2800,— (darunter „Vorwärts“-Expedition I. Rate 400,—, Elßnerlei von Wicher 10,—, 9 Arbeiter von Kelling u. Hirsch 14,—). 5. Kreis 400,—. 6. Kreis (Kosentaler Vorstadt u. Gundruh) 300,— (darunter für 1 Cigarre von den Notizen aus der Gochst. 1,60, Amerikanische Aktion bei Hermann, Putzmeister, 6,35, A. E. G., Adlerstr. 7,20). 6. Kreis (Wedding) 800,— (darunter Zimmergrün 4,20, Zeitungsexpedition 154,70, Amerikanische Aktion beim Frischhoppchen der Firma Bügler 6,12). 6. Kreis (Moabit) 610,— (darunter Zeitungsexpedition 100,—, Stromstraße 5 2,—, Grund 9137 — 50, Sangesbrüder Moabit 37,70, Ueberichs Moabit d. R. 21,80). 6. Kreis (Schönhauser Vorstadt) 500,— (darunter Ueberichs der Parteilasse in den Monaten April, Mai und Juni 247,93, vom alten Ausgewiesenen 10,—, Ueberichs v. S. J. 40,—, Ueberichs d. amerik. Aktion einer Praxipanne 7,50). Berlin, div. Beitr.: B. E. 50,—. A. B. 50,—. Dr. L. A. 20,—. M. B. 75,—. F. B. 25,—. E. P. 25,—. E. P. 25,—. Bierprozent E. P. 11,25. Verteilung des „Vorwärts“ 20,—. Moabit, 6 Beugen und 1 Reitenhändler 2,—. Sächsischer Genosse in Moabit 20,—. Fr. J. M. 2,—. Durch Willhardt 20,—. Von Müllg. der U. Dr. Mai-Juni 10,—. M. R. 3,—. Tournee Kranzstraße 10,—. Freundschaft, Bismarckstraße 6,70. Personal des „Vorwärts“ 150,—. Ueberichs vom Kranz der Huisabrit Bod 2,55. Von selbstbewußten Arbeitern der Englischen Gasanstalt 15,80. Die roten Buchbinder aus der Grünstraße 5,—. Bezirk 112 bei Martin 17,90. Schuchmacher-Landpartie nach Erkner 1,75. S. Bredereck 10,—. Kollerich 25,—. Fidelehan 2,—. Arbeiter von Schuster und Bar 19,75. Bierkonsum der Kontobüchsefabrik A. C. 5,—. Amerikanische Aktion bei der Landpartie der Freunde, trotz allem 7,80. Brandenburg a. S. durch A. 12,40. Borne, Kreis Calbe a. S. 6,—. Bedum, von dem Kupfer-Schmelzen, gel. auf der Waifiser 15 05. Dresden, L. G., faule Schulz 2,—. Goppard 3,—. Bremen-Gaßel, Ueberichs der Waifiser 30,—. Bremen, Arbeiter B. G. freier Gängekreis 10,—. Bremen 100,—. Bremerhaven, lustige Sonntagsgesellschaft 8,—. Brühl, B. 1,20. Coita d. Dresden 50,—. Coitens, S. 10,—. Deutsche Schuhfabrik 100,—. Dresden, E. T. 1,—. Eberbrügge, von den Altländer Genossen (19. hannov. Bahrl.) 5,—. Eberfeld, durch H. 300,—. Eupen, Kornblume 14,—. Frankfurt a. M., Schuhmacherw. durch S. R. 25,—. Finsterwalde 20,— (darunter Flachstanz 1,—, Geburts-tagesfeier 3,10, Kaufe bei S. 3,50, Gef. J. F. Bier, das nicht gez. 2,50, Hochzeit Moripst. 3,50). Frankfurt 11 65. Frankfurt, B. 3,30. Fürstentum a. E. 25,—. Frankfurt a. M. 20,—. 30. Falkenberg 2,—. Gera (Reuß) 50,—. Gelsenkirchen 20,—. Gabeln, vom roten Doppelschloß 3,—. Grätzsch a. Solingen 110,— (darunter v. S. H. Wangerberg 7,50). Hamburg-Eimsbüttel, Tabak-Arbeiter-Genossenschaft, Schölerstr. 19, 25,—. Hamburg, v. Ende der Welt 27,25. Hünningen i. E. 2,—. Hamburg die lustigen Musikanten 50,—. Hamburg, Jander Kopf 20,—. Jannas, Bahlkreis 100,—. Halle a. S., der rote S. 5,—. Leipzig, A. W. Eyle 2 50. Leipzig, Meyer, roter Holzbaum 3,—. Langenbieten, durch A. Köpfer von den Arbeitern des Salzenberges 100,—. Ludwigshafen 100,—. Liebigswitz und Neppelslein 10,30. Lempzig bei Rynau im Voigtland 1,—. Rettmann 5,—. Rauhheim 50,—. Remel 5,—. Rinden-Lübbecke, Bahrl. 50,—. Rowanus b. R. S. 1,—. Rorhen, v. Genossen gesammelt 8,75. Rudowitz, selbstbewußte Genossen 4,—. Offenbach, Rengengebühren 3,—. Osnabrück 10,—. Offenbach-Riedberg, Wehr, 400,—. Osterwid a. S. 3,—. Poitzsch, Bahrl. Osnabrück 100,—. Queckberg, durch L. 1 Rate 250,—. Rysine, v. d. roten Brückentauern 2,—. Siedin, v. Genossen 100,—. Siedin, v. Genossen 2, v. einem Parteigenossen a. d. kanarischen Inseln 30,—. Schillingen 10,—. „Vorwärts“ II. Quartal 1895 20 631,35. „Vorwärts“-Buchhandlung 5000,—. Weida, v. einer roten Kundin 2,10. Weidach 500,—. Weida, durch den Vertrauensmann 10,—. Wand-

bed, fünf Schneider und eine Schneiderin 2,80. Weilar B. 3,30. Weidach, gel. S. einer roten Kundin durch Kallosen 3,50. —

Nationalliberale Schurren. Wie die Nationalliberale Korrespondenz wissen will, soll die sozialdemokratische Parteileitung für die Festveranstaltungen zum Gedächtnis der Siegestage von 1870/71 einen besonderen Ueberwachungsdienst eingerichtet haben. Wir können dem entgegenhalten, daß die Nationalliberale Korrespondenz zuverlässig beschwindelt worden ist. Unsere Parteigenossen bleiben auch ohne „Ueberwachung“ dem Siegesfeste fern. —

Preßstimmen zu dem „Agrarprogramm“. Parvus in der Leipziger Volkszeitung: III.

Einem dritten Artikel der Leipziger Volkszeitung entnehmen wir die folgende Stelle: Der Programmentwurf der Agrarkommission trägt auch formell den Stempel größter Eile auf sich. Die Gruppierung der einzelnen Forderungen ist wenig übersichtlich und manchmal sind in einem Paragraphen Sachen vereinigt, die nur lose miteinander zusammenhängen. Wir werden uns daher im folgenden nicht strikte an die gegebene Anordnung halten können.

Zunächst seien die Erweiterungen und Erläuterungen erwähnt, die zu den bereits im praktischen Programm enthaltenen Aufstellungen gemacht werden. Da ist die „Beseitigung aller Ertragssteuern“, die sich von selbst aus der Forderung einer einzigen Einkommens- und Vermögenssteuer ergibt. Ausdehnung der Arbeiterchutzgesetzgebung auf die Landwirtschaft. Neben den gewerblichen Einrichtungen von landwirtschaftlichen Arbeitsämtern.

Im Anschluß an den letzten Punkt enthält das jetzige Programm noch die Forderung einer „durchgreifenden gewerblichen Hygiene“, statt dessen soll es nunmehr heißen: „Durchgreifende Fürsorge für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter in Stadt und Land.“ Die Aenderung ist offenbar hervorgerufen worden durch das Bedürfnis, die Landwirtschaft hineinzubeziehen und ein Fremdwort zu beseitigen. Allein die neue Fassung ist eine sehr unglückliche. Wollte man „durchgreifend für die Gesundheitsverhältnisse der Arbeiter“ sorgen, so müßte man vor allem für die Abschaffung der langen Arbeitszeit, der geringen Löhne und der schlechten und überfüllten Wohnungen Sorge tragen. Diese Aufgaben in ihrer Gesamtheit können wir dem kapitalistischen Staat nicht stellen, denn er ist außer Stande, sie zu erfüllen. Aber darum handelt es sich gar nicht an dieser Stelle. Es ist in Wirklichkeit bloß die Beseitigung jener Schäden für die Gesundheit gemeint, die sich aus dem öffentlichen Verkehr, aus dem gedrängten Zusammenwohnen in größeren Ansiedelungen, besonders in den Städten, aus der gemeinsamen Arbeit in der gesundheitlich schlecht eingerichteten Fabrik oder Werkstatt ergeben, kurz, die öffentliche Gesundheitspflege. Das müßte aber vor allem klar gesagt werden.

Es ist uns jedoch überhaupt nicht recht verständlich, wie die gesundheitliche Besserstellung des platten Landes in der kapitalistischen Gesellschaft vor sich gehen könnte. Ein Umbau der Dörfer würde mit großen Schädigungen für die vielen kleinen Haus- und Hofbesitzer verbunden sein. Eine sanitäre Beaufsichtigung der Bauernhöfe ist unmöglich. Und dann, wer sollte die Kosten tragen? Die Gemeinden? Die sind auch jetzt arm genug. Es ist also eine Sache, die sehr vorsichtig angefaßt werden muß.

Ferner werden gefordert „obligatorische Gewerbegerichte sowohl für gewerbliche als für landwirtschaftliche Arbeiter“. Netze Stillierung das! „Gewerbe“gerichte für „Landwirtschaft“, das ist genau so, wie eine Agrarkommission für Gewerbe. Es müßte heißen „Arbeitsgerichte“ oder ähnlich. Aber die Kommission hatte Eile!

Nachdem dann ausgeführt worden, daß die Forderung von Fachschulen, Musterwirtschaften u. kennzeichnend sei für den „in Kleinigkeiten sich verlierenden Geist“ der Urheber des Programms und daß sie auch vom konservativen Herrn „v. Schulz-Lupitz“ befürwortet werden könne, schreibt der Mitarbeiter der Leipziger Volkszeitung: „Wir verweisen auf die bisherige Fassung des praktischen Programmteils, die vollkommen prinzipiell ist. Warum werden hier nicht diese kleinen Maßregeln gefordert? Warum enthält er nichts über Armenunterstützung, über die Organisation öffentlicher Pfandleihanstalten und ähnliche, innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zweifellos nützliche Einrichtungen? Weil eben die Partei ihre praktische Betätigung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft nicht im Sinne einer feichten Reformisterei, sondern als Vorbereitung der sozialen Revolution betrachtete.

Aber wenn man von der Absicht ausgeht, die ökonomischen Zustände in der Landwirtschaft schon innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu verbessern, dann gerät man unbedingt in das Fahrwasser kleinlicher Reformen. Denn im großen ist hier nichts zu machen, und so bleibt nur die Fliedarbeit am Hei- und Nebenwerk. Deshalb die Musterwirtschaften, Versuchsanstalten u., weil man glaubt, dem Bauern helfen zu können, wenn man seine landwirtschaftlichen Kenntnisse erweitert. Als ob die ungenügenden landwirtschaftlichen Kenntnisse die Ursache der Not des Bauern sind und nicht die Not die Ursache seiner Unkenntnis, die wirtschaftliche Not, die dem Bauern kein ausreichendes Produktionsgebiet, keine Mittel einer rationellen Wirtschaft, keine Mittel und Möglichkeit des Intertrichts giebt?!

Von den selbständigen Forderungen des Agrarprogramms wollen wir an dieser Stelle nur folgendes erwähnen: § 11. Abschaffung aller mit dem Grundbesitz verbundenen behördlichen Funktionen und Privilegien. Entschädigungslose Aufhebung jeglicher Art noch bestehender Erbsuntertänigkeit und der aus derselben herkommenden

lasten und Pflichten.“ Politische Freiheit und Gleichberechtigung sind allerdings die Vorbedingungen des modernen Klassenkampfes.

Von apartem Interesse ist der Absatz 2 von § 17: „Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden. Verhütung, gegebenenfalls volle Entschädigung für Wild- und Jagdschaden.“

Der Wild- und Jagdschaden ist eine große Plage in Süddeutschland, besonders in Bayern. Aber seine Bedeutung für das Reich ist minimal, der Zusammenhang mit unserer allgemeinen Parteithätigkeit so gut wie gar keiner. Wenn unsere bayerischen Genossen durch den Landtag nach dieser Richtung hin Remedur zu schaffen suchen, so thun sie gut daran. Aber in das Parteiprogramm paßt das nicht hinein.

Uebrigens, es kommt nicht bloß darauf an, die „volle“ Entschädigung zu fordern, sondern noch mehr darauf, sie zu sichern. Und das kann nur geschehen, indem man ihre Bemessung in frivollen Fällen der Entscheidung der Gemeinde überläßt. Und das ist es, was zu fordern war.

„Freies Jagdrecht auf eigenem und gepachtetem Boden.“ Es ist der erste Fall, daß der Schutz des Privateigentums als Forderung des Parteiprogramms aufgestellt wird. Weit näher, als das, läge es uns doch, so glauben wir, den bestehenden Schutz des resp. Privateigentums etwas zu mildern. Wir meinen die harten Strafen für unbefugtes Jagen. Diese werden durch das privateigentümlich „freie“ Jagdrecht nicht aus der Welt geschafft. Im Gegenteil, je mehr Privatrechte, desto mehr Uebertretungen.

Das ganze spielt bereits auf das Gebiet des Strafrechts herüber. Wollten wir uns damit abgeben, so müßten wir das ganze bürgerliche Gesetzbuch und das Strafgesetzbuch in das Parteiprogramm aufnehmen.“

Verene, Versammlungen, Vergnügungen u. Arbeiter, organisiert Euch!

Unsere unvergeßlichen Vorkämpfer riefen den Arbeitern aller Länder zu: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ In diesen unvergeßlichen Worten liegt auch der jetzt verstorbenen Friedrich Engels. Seiner wurde auch in der am Mittwoch stattgefundenen öffentlichen Gewerkschaftsversammlung gedacht. Zugleich nach Eröffnung ergriff Abg. Albert Schmidt das Wort und widmete dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf. Und als Zeichen der Ehrfurcht für den toten Freiheitskämpfer erhoben sich die Versammelten von ihren Plätzen. — Hierauf gingen die Anwesenden daran, zu beraten, wie das von Engels Begleitete und Gesehlete zum Besten des arbeitenden Volkes ausgebaut werden kann, wie man die Gewerkschaftsorganisation. Hier am Orte ist dieselbe erstens in der Weise im Aufblühen begriffen. Von Tag zu Tag erkennen mehr Arbeiter, daß es Pflicht ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, daß Halbdauern zu beteiligen und dafür zu sorgen ist, daß unsere Kampfgenossen und Parteifreundinnen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete ihre Schulbildung thun. Wer das eine oder das andere vernachlässigt, handelt eben nicht so, wie es dem Freiheitskämpfer zukommt. Es ist die Aufgabe eines jeden, organisiert dem Unternehmertum entgegenzutreten und den Arbeitern mehr Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

Die vorgedachte öffentliche Gewerkschaftsversammlung legte Zeugnis davon ab, daß immer mehr Arbeiter ihre Pflicht erkennen. Es hat seit langer Zeit nicht eine so gut besuchte und zusammengelegte öffentliche Gewerkschaftsversammlung stattgefunden, als wie es diese letzte war. Sie beschäftigte sich namentlich mit den Angelegenheiten des Arbeitsnachweises. Nach dem erstatteten Geschäftsberichte wurde der bisherige Geschäftsführer der Partei mit 109 gegen 38 Stimmen auf ein weiteres Jahr als Geschäftsführer des Arbeitsnachweises bestimmt. Die folgende Angelegenheit, „Die Organisation am Orte“, erweckte namentlich das Interesse. Wie steht sie und wie soll sie sich gestalten? Das waren die Hauptfragen. Abg. A. B. Schmidt konstatierte mit Recht, daß der jetzige Stand der Organisation am Orte ein schlechter sei, daß seit der im Jahre 1890 erfolgten Auflösung die Organisation sehr im Argen gelegen habe; erst seit 1894 sei ein neues Leben in den Gewerkschaften entstanden. Jedoch trage die schlechte wirtschaftliche Lage ein Teil Schuld an dem Darniederliegen der Organisation. Die schlechten Erwerbsverhältnisse dürften aber bei der Vernachlässigung der Organisationsbestrebungen nicht als Entschuldigung vorgebracht werden. Jeder Arbeiter und jede Arbeiterin müsse sich organisieren. Hier heiße es: Opfer bringen. — In Magdeburg herrsche jetzt in gewerkschaftlichen Sachen u. T. Zerfahrenheit, die ausgemergelt werden müsse. Einzelne Arbeiter erlaubten sich Uebergriffe, achten nicht auf die bestehenden Organisationen und so erschwere der eine dem anderen die Arbeit. Erst in letzter Zeit habe ein Gewerkschaftsmann einen Brief an einen Wirt geschrieben und sich dabei herausgenommen, Sachen zu kritisieren, die der Sozialkommission hätten überwiegen werden müssen. Bei Einberufung von Versammlungen herrsche gleiche Zerfahrenheit. Er wünsche, daß eine dreigliedrige Kommission gewählt werde, welche die Gewerkschaftsangelegenheiten hier am Orte zu prüfen habe und Mittel und Wege ausfindig machen solle, die zur Beseitigung der Mängel und zur Hebung der Organisationen beitragen. Auch wünsche er, daß in der nächsten Versammlung, in der die Kommission das Resultat ihrer Beratungen zu unterbreiten hat, ein Vortrag gehalten werde, der das gewerkschaftliche Leben berührt und die Bedeutung der Organisation vor Augen führt. — Parteil. Schmidt bekennt sich als der Verfasser des vom Vorredner angeführten Briefes und bekräftigt, sich Uebergriffe zu Schulden kommen gelassen zu haben. Nach einer kurzen Diskussion wird die Verfassungskommission der nächsten Versammlung überwiegen. — In die Kommission wurden dann gewählt: Laage-Endenburg, Schmidt und Volkstampt-Neustadt. Der Vorsitzlag Schmidt: in nächster Versammlung einen Vortrag halten zu lassen, wurde acceptiert und weiter beschlossen, daß die Einberufung derselben die Aufgabe des Leiters der heutigen Versammlung sei, ferner, daß die einzelnen Berufe der Redaktion der Volksstimme die Gesamtzahl der im Berufe thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen, sowie die Zahl der organisierten Berufsgenossen mitteilen sollen. Auch sollte die Versammlung dem Wunsche Schmidt bekräftigt, daß kleinere Vereine und Organisationen bei Arrangierung von Vergnügungen die Wirte berücksichtigen sollen, welche uns im Boykottkämpfe unterstützen. Damit waren die Verhandlungen beendet. Sofern wir, daß unsere Arbeiterschaft künftighin mehr ihre Klassenorganisationen unterstützen. —

Handschuhmacher. Die hiesige Filiale des Verbandes der Handschuhmacher feiert am Sonnabend, den 10. August, in „Graß Garten“ ihr 26. Stiftungsfest, bestehend in Konzert und Ball. —

- Sonnabend, den 10. August: Verband der Seiler, Steppschläger und Häner Deutschlands (Sokalverband Magdeburg). Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Müller, Eißlerstraße 22.
- Central-Kranen- und Bierklasse der Tischler u. a. gewerblich. Filiale Endenburg. Beisitzend bei Salzig, Braunschweigerstr. 55.
- Bereinigung der Deutschen Schneider (Filiale Magdeburg). Abends 8 1/2 Uhr Mitglieder-Versammlung in der Central-Gebirge, Kl. Klosterstraße 15/16. Erscheinen aller nothwendig.
- Deutscher Metallarbeiter-Verband (Filiale Dudenau). Abends 8 Uhr Beisitzend bei Weighe, Thiemstraße 13.
- Berein der Töpfer und Berufsgenossen. Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der Centralherberge, Kl. Klosterstraße 15/16.
- Verband der Konditoren. Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Großmann, Kl. Klosterstraße 15/16.
- Berein deutscher Schuhmacher. (Zahlstelle Magdeburg-Neustadt). Mitglieder-Versammlung abends 8 1/2 Uhr in der „Centralherberge“, Eißlerstraße 58.
- Central-Kranen- und Bierklasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter (Filiale Magdeburg) Versammlung abends 8 1/2 Uhr bei Bachow, Kattmannstraße 5.

Neueste Nachrichten.

Die Schuhfabriken Wendle, Janzen und Langer stellen den Betrieb ein, wodurch 300 Arbeiter brotlos wurden.

Die Zementfabrik in Rosofin wurde gestern durch Feuer vollständig zerstört. Der Schaden soll sich auf 100.000 Gulden belaufen.

Zum Streit der Feilenhauer in Magdeburg.

Die gestern stattgefundenen öffentliche Feilenhauer-versammlung wählte einstimmig eine Kommission, welche bei den Herren Gebrüder Ufer vorstellig werden soll, um mit denselben betreffs der Lohnverhältnisse zu unterhandeln.

Nachricht.

Die Unterhandlung mit den Herren Ufer führte zu keinem Resultat. Herr W. Ufer versprach den Magdeburger Preis zu zahlen, während Joseph Ufer dem Komitee entgegensteht: die Polizei werde schon alles besorgen.

Letzte Nachrichten.

Groß-Ottersleben. In seiner gestrigen Sitzung bewilligte der Gemeinderat für Abhaltung eines Gedächtnisses 800 Mark. Nur die Sozialdemokraten stimmten gegen die Bewilligung von Steuergrößen für reaktionäre Parteifeste.

F. Weine. Wegen ausgebrochener Differenzen legten die hiesigen Holzarbeiter die Arbeit nieder. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Genl. Der Textilarbeiter-Kongress nahm eine Resolution an, welche verlangte, daß in all Parlaementen nur Arbeitervertreter zu wählen sind.

In Obersachsen streiken Bergarbeiter. Auf der Berggarze legten 700 Bergarbeiter die Arbeit nieder.

Briefkasten.

Feilenhauer. Sie wollen uns von dem Stande des Streiks und jeder Veränderung desselben sofort Nachricht geben.

Homöopathie!

Langjährige praktische Tätigkeit bei dem berühmtesten homöopathischen Arzt Dr. med. Volbeding in Düsseldorf setzt mich in den Stand, meine Patienten in genau der gleichen Weise zu behandeln, wie dies durch Dr. V. geschieht.

Meine überaus großartigen und sensationellen Kuren bei sämtlichen vorwiegendsten Krankheiten, als: Frauenleiden, Lungen, Magen, Leber- und Nierenleiden, Sicht, Fallsucht, Krampfadern, Schwären, Nervenleiden, Stropheln, Ausschlägen, Augenleiden, sowie allen Geschlechtsleiden zeugen von der Vorzüglichkeit der von mir angewandten Kurmethode.

Visser, homöopath. Prakt. Magdeburg, Jakobsstraße 3.

Unabgetroffen im Schnitt und haltbar sind die Sommer-Engl.-Federhosen aus der Fabrik von G. Gehse Magdeburg 14 Johannisfabrikstraße 14 neben dem „Wihelma-Theater“.

Empfehle mein Sarg- und Möbelmagazin zu den billigsten Preisen R. Richter, Alte Neust., Weinbergstr. 24

Friedrich Engels' Schriften

Engels' letzte Arbeit: Karl Marx: Die Klassenkämpfe in Frankreich. Herausgegeben und mit Vorwort versehen von Fr. Engels. 1.00 Mk.

Internationales aus dem Volksstaat. 30 Pf.

Die Lage der arbeitenden Klasse in England. Gebunden 2.50 Mk.

Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates. Gebunden 1.50 Mk.

Marx: Das Elend der Philosophie. Mit Vorwort und Notizen von Fr. Engels. Gebunden 2.00 Mk.

Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. 30 Pf.

Marx: Enthüllungen über den Kölner Kommunisten-Prozess. Mit Einleitung von Fr. Engels. 25 Pf.

Borkheim: Die Nordpatrioten. 25 Pf.

Wolff: Die schlesische Milliarde. Mit Einleitung von Fr. Engels. 20 Pf.

Marx-Engels: Das kommunistische Manifest. 15 Pf.

Die Beehandlung der Volksstimme Schmiedestraße 5/6

Freite Weg Nr. 120. Neue Neustadt. Gegenüber der Unterfr. Schube u. Stiefel in großer Auswahl für Herren, Damen und Kinder. Nur solide Ware. Billigste Preise. H. Reichardt, Reparaturen schnell und billig. Breiteweg 120, gegenüber der Unterfr.

Rothehorn. Teile hierdurch mit, daß ich auch in diesem Jahre wieder mit meinen schmacht gebrannten, sowie Chokoladen-Mandeln auf dem hiesigen Schützenplatze anwesend bin. Wilh. Schubert, Magdeburg-Neustadt.

Zum Schützenfest empfehle meine Sonigtuchen, Chokoladen- u. Zuckerwaren in bekannter Güte und bitte um gütigen Zuspruch. C. W. Dornfeld.

Reize hiermit an, daß ich auf dem Schützenfeste mit meinen frischen Mandeln, sowie gebrannten Mandeln anwesend bin. Robert Davids. Fernersleben. öffentlich. Tanz. Sonntag, den 11. August.

Luisen-Park. Heute Sonnabend Schlachtfest Standesamt. Magdeburg, den 8. August. Aufgebote: Regier.-Bureau-Diktator Friedrich Ernst Wismann hier mit Wilhelmine Auguste Agnes Martha in Neuhaldensleben.

Wie die Alten jungen. Rührenzettel der Magdeburger Volksküchen. Rührenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims.

Vittoria-Theater. Sonnabend, den 10. August. Rührenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims.

Schuhwaren mit Kontrollmarke H. Lehmann, Buckau, Feldstraße Nr. 61. A. Zander, Endenburg, Breiteweg Nr. 51.

Gross-Ottersleben. Albert Stegelitz'schen Massen-Ausverkauf ist wieder ein großer Transport hochfeiner Herren- und Knaben-Anzüge zu spottbilligen Preisen eingetroffen.

S. Gottfeld 41 Breiteweg Sudenburg Breiteweg 41 Billigste und beste Bezugsquelle für sämtliche Posamentier-, Fuß-, Weiß- und Kurzwaren. Wäsche: Herren-, Damen-, Knaben- u. Mädchenhemden, Chemisets, Krager und Manschetten.

Möbel! Möbel! billiger wie jede Konkurrenz. L. Hellge, Tischlermeister, Buckau, Gärtnerstr. 11.

Butter! Eier! Käse! Hermann Jacoby & Co. Alte Allee Nr. 16 Jacobsstr. 26.

Wie die Alten jungen. Rührenzettel der Magdeburger Volksküchen. Rührenzettel der Haushaltungsschule des Damenheims.

Die Frauen-Post.

Genossinnen!

Wie Euch aus dem Aufrufe des Parteivorstandes bekannt ist, tritt der nächste Parteitag der deutschen Sozialdemokratie am 6. Oktober in Breslau zusammen. Unter andern bedeutungsvollen Arbeiten, wie sie jeder Tagung der Sozialdemokratie obliegen, hat der Breslauer Parteitag eine besonders wichtige Aufgabe zu lösen. Er muß die von der Agrarkommission zusammengestellten neuen Programmforderungen beraten, er soll die Taktik festlegen, welche den Eroberungszug der Sozialdemokratie auf dem platten Lande leitet.

Parteigenossinnen! Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch Eure Aufgaben, die Taktik, welche die Partei einer Frage gegenüber befolgt, wirkt bestimmend auf den Gesamtcharakter des proletarischen Klassenkampfes zurück und trägt dazu bei, je nach dem Mehr oder Weniger ihrer revolutionären Kraft, die Stunde Eurer Befreiung zu beschleunigen oder zu verzögern. Sorgt deshalb dafür, daß auch Ihr auf dem diesjährigen Parteitag vertreten seid; sorgt dafür, daß Ihr durch delegierte Genossinnen an den Beratungen und Entscheidungen der Partei teilnehmt, wie Ihr im schweren, mühsalreichen Kampf der Partei von Tag zu Tag energisch und opferstark in Reih und Glied steht. Die Anwesenheit von Genossinnen auf dem Parteitag beweist, daß die proletarische Frau in richtiger Erkenntnis ihrer Interessen im sozialistischen Lager als gleiche unter gleichen für ihre Befreiung ringt.

Diese Anwesenheit ist außerdem die beste Antwort auf die unerhörten Mähen und Läden, durch welche die Kollerei die proletarische Frauenbewegung zu Tode hüteln möchte. Was Wachtstubenallmacht und Rabulistenweisheit irgendwie zu leisten vermögen, das haben sie seit dem Fallakt der Reaktion, alias dem Umsturzzwimmel reichlich und täglich gegen die proletarischen Frauen geleistet. Genossinnen, wir schulden eine offizielle Danksagung für das Umsonst der gesellschaftsretterischen Liebesmühen!

Wie gelegentlich der sozialdemokratischen Kongresse zu Köln und zu Frankfurt a. M. erscheint es rathsam, daß auch im Anschluß an den Breslauer Parteitag Genossinnen und Genossen ihre Erfahrungen und Ansichten austauschen bezüglich der Agitation unter den proletarischen Frauen und ihrer Organisation. Je rückständiger die Masse der Frauen im allgemeinen noch ist, je geringere Bewegungsfreiheit ihnen das Gesetz einräumt, kurz je größer die Schwierigkeiten sind, auf welche die sozialistischen Elemente bei ihrer Arbeit stoßen: um so notwendiger ist es, daß man einheitlich und planvoll an das Werk der Aufklärung und Organisation des weiblichen Proletariats geht. Daß der hierfür erforderliche Meinungsaustausch gerade die Anwesenheit von möglichst viel Genossinnen

aus den verschiedensten Theilen Deutschlands als wünschenswert, ja nötig erscheinen läßt, liegt auf der Hand.

Der Parteitag zu Frankfurt a. M. hat bekanntlich den Genossinnen wieder das Recht eingeräumt, in besonderen öffentlichen Frauen-Versammlungen Delegierte zu den sozialdemokratischen Parteitagen wählen zu können. Wir raten den Genossinnen, von diesem Recht nur in ausnahmsweisen Fällen Gebrauch zu machen, nur dann, wenn ganz besondere Verhältnisse eine Verständigung mit den Genossen bezüglich der Wahl einer Delegierten unmöglich machen. Und ebenso erwarten wir, daß die Genossen nicht in kleinlicher Wortklauberei und aus engherzigen Sparsamkeitsrückichten die Frauen von den allgemeinen Delegiertenwahlen ausschließen und auf besondere Versammlungen verweisen. Wer ohne Unterschied des Geschlechts zusammen dem Unternehmertum frohndet, gemeinsam in harten Mähen um die Existenz ringt; wer ohne Unterschied des Geschlechts zusammen die Schlächten des Klassenkampfes schlägt, zusammen die oft sehr schwere Werktagarbeit verrichtet für den Aufbau der besseren Zukunftsgesellschaft: der gehört auch zusammen bei der Wahl der Beauftragten zum Parteitag; der hat ohne Unterschied des Geschlechts Anspruch darauf, mit der Vertretung des Klassenbewußten Proletariats betraut zu werden. Dazu noch eins: Mittelbar und unmittelbar tragen die Genossinnen so gut wie die Genossen bei zu den Kosten für die Entsendung der Delegierten. Opferfreudig spendet die proletarische Frau der allgemeinen sozialistischen Arbeiterbewegung ihr Scherlein, in Hunderten und Tausenden von Fällen nicht das Ueberflüssige, das Entbehrliche, sondern das Erarbeitete, das Scherlein der Witwe. Und die Pfennige und Groschen, welche der Mann der Arbeit der Kriegskasse des Klassenbewußten Proletariats zuführt, sie konnten vom ärmlichen Einkommen nur abgetarnt werden Dank der Sparsamkeit, dem verständigen Walten, dem opfermüthigen Verzicht der Frau. Wer die Verhältnisse in der Arbeiterfamilie kennt, der kann den proletarischen Frauen nicht zumuten, durch äußerste materielle Kraftanstrengungen die Mittel aufzubringen für in besonderen Frauenversammlungen gewählte Delegierte. Die Entsendung solcher Delegierten rechtfertigt sich als Nothbehelf nur dort, wo eine besonders reaktionäre Fassung und Handhabung der Gesetze, oder wo leider noch die Rückständigkeit der Genossen oder aber der Genossinnen ein Zusammengehen zwischen beiden schlechterdings verunmöglicht.

Der Breslauer Parteitag wird sicher unsere bestimmten Erwartungen bezüglich des Mitwirkens der Frauen an seinen Arbeiten nicht tägen strafen. Weibliche Delegierte werden davon zeugen, daß immer größere Kreise der proletarischen Frauenwelt sich zum Evangelium des Sozialismus bekennen, daß die Schulung und Reife der Genossinnen stetig wächst, daß in Deutschland die Sozialdemokratie die einzige politische Partei ist, welche die Gleichberechtigung der Geschlechter theoretisch und praktisch

vertritt. Die proletarische Frau ratet und thatet zusammen mit den Männern ihrer Klasse. Dem zopfigen Vorurteil des Spießbürgertums zum Trotz! Der Uebermacht der Kapitalistenstippe zum Trotz! —

Kleine Mitteilungen.

Frauenarbeit für die Berliner Universität.

Bevor noch die Frage der Zulassung der Frauen zu den Universitäts-Vorlesungen entschieden ist, muß der Frauen Anteil an den wissenschaftlichen Arbeiten der Universität erwähnt werden. Die Kleiner Hochschule hat unter ihren wissenschaftlichen Beamten eine Dame, Fräulein Johanna Meisner, bekannt durch ihre Forschungen zur Volkskunde, die das schleswig-holsteinische Museum vaterländischer Altertümer leitet. Des kann sich die Berliner Universität nicht rühmen. Bei ihr ist der Frauenarbeit eine etwas bescheidenere Stellung gegeben. Es handelt sich, wie die Vossische Zeitung erfährt, um Damen, die selbständig oder als wissenschaftliche Hilfskräfte in den Laboratorien arbeiten. Alle stehen zu medizinischen und naturwissenschaftlichen Universitätsanstalten in Beziehung. An erster Stelle ist Fräulein Else Koettgen zu nennen, die sich unter der Führung Arthur Königs mit physiologisch-optischen Studien in der physikalischen Abteilung des physiologischen Instituts beschäftigt. Sie veröffentlichte im vorigen Jahre in Wiebemanns „Annalen“ eine „Untersuchung der spektralen Zusammensetzung verschiedener Lichtquellen“. Neuerdings betreibt sie mit A. König und Dr. Abelsdorff gemeinsam wichtige Studien über die Zusammensetzung des Scharpurs. Gleichfalls im physiologischen Institut thätig war nach der „Chronik der Universität“ Fräulein Paula Günther. Fräulein Günther ist wissenschaftliche Zeichnerin. Ihr Sondergebiet sind anatomische Zeichnungen. Privatdozent Dr. Benda, jetzt Professor am städtischen Krankenhaus am Urban, hat sich mit ihr zur Herstellung eines Handatlas der Gewebelehre zusammengethan. Fräulein Günther fiel dabei die Aufgabe zu, nach mikroskopisch-anatomischen Präparaten zur Hervorbringung geeigneter Zeichnungen zu entwerfen. Der Anteil, den Fräulein Günther an dem Atlas hat, kommt darin zum Ausdruck, daß auf dem Titel des Werkes ihr Name neben dem des Anatomen Benda verzeichnet ist. Damen als Mitarbeiterinnen vermerkt außer dem physiologischen Institut in der letzten Universitätschronik noch die zoologische Sammlung des naturhistorischen Museums. Die Zeichenarbeiten für das Museum fertigten u. a. Frau Anna Feld und Fräulein v. Zglinicka. Es handelt sich um die Herstellung von Zeichnungen für die Schaufammlung des Museums und für Schriften der wissenschaftlichen Beamten des Museums. —

Ueber die Zulassung der Frauen

zum pharmaceutischen Studium erfährt die Volkszeitung „von gut unterrichteter Seite“: „Man ist an maßgebender

Kleines Feuilleton.

Medizin oder Naturheilkunde.

Vortrag des Herrn Dr. Schreiber.

Gehalten in der Krankenkassen-Versammlung in Oeberrad am 23. Juni.

Die Anfänge der Naturheilmethode reichen schon bis in die Zeiten des Altertums. Bei den alten Kulturvölkern, den Indiern und Chinesen, gab es eine medizinische Gymnastik. Hippokrates, der größte Arzt des griechischen Altertums, vertrat den Grundgedanken, die Natur heilt und sah auch das Fieber als einen Heilfaktor an. Die Römer verwandten viel Sorgfalt auf Bade-Einrichtungen und kannten die Massage; der Dichter Horaz stellte sich von einem Weiden der Verdauung und der Nerven durch eine Wasserkur wieder her, Cäsar ließ sich wegen einer Neuralgie massieren. Im Mittelalter gerieten die Heilfaktoren der Naturheilkunde in Vergessenheit unter dem Einfluß des Chemikers Paracelsus, welcher sich die Lebensvorgänge als einen Chemismus darstellte und als der Begründer der Rezeptmedizin anzusehen ist. Den ersten Reformversuch gegen die Schulmedizin machte Hahnemann, der Schöpfer der Homöopathie, welcher gegen Arznei und Aderlaßmißbrauch Stellung nahm.

Die Wasserheilkunde wandten an, besonders bei der Fieberbehandlung, die Doktoren Hahn, Vater und Sohn, in Schweidnitz, im vorigen Jahrhundert. Besonders wurde in diesem Jahrhundert die Wasserheilkunde populär durch Prietznitz und Schroth. Die Schroth'sche Kur, auch Semmel- und Durstkur genannt, wurde besonders berühmt durch eine glänzende Heilung des Erbprinzen Wilhelm von Württemberg, welcher in der Schlacht von Novara im österreichisch-italienischen Feldzuge am Knie schwer verwundet wurde. Nachdem Kapazitäten der Chirurgie aus Wien und Berlin die Amputation für notwendig erklärt hatten, stellte Schroth das Bein so vollständig her, daß der Prinz in einigen Monaten an Hofbällen in Wien mitanzugehen konnte.

Der Schwede Ving entdeckte die Gymnastik von neuem, während Kisti die Baddampfbäder und Sonnenbäder einführte.

Die Heilfaktoren der Naturheilkunde, Wasser, Dampf, Diät, Bewegung und Ruhe, Massage und Gymnastik, sind normale Lebensreize. Die gewöhnlichen Mittel der Medizin sind meistens abnorme Lebensreize. Die Schädlichkeiten der Arzneien zeigen sich in verschiedenen Weisen. Durch fortgesetzten Gebrauch von Abführmitteln kann ein chronischer Reizzustand des Darmes entstehen,

der zuweilen zu Krebs Veranlassung giebt. Salicyl bewirkt als Folgeerscheinung häufig Ohrensausen und Kopfschmerz. Fortgesetzter Gebrauch von Schlafmitteln, wie Chloralhydrat, bewirken Erschlaffung der Nerven, während der Morphiumismus oder die Morphinumsucht die verbreitetste Arzneikrankheit darstellt. Das Naturheilverfahren verwendet zur Erzielung von Schlaf Leib- und Beinpackungen, zur Stillung des Schmerzes Dampfkompresse und gelinde Streichmassage.

Ohne Zweifel hat das Erkennen der Krankheiten gegen früher Fortschritte gemacht. Es giebt aber Krankheiten, welche sich in ihrer Entwicklung nicht genau in der ersten Zeit erkennen lassen. So kann man im Beginnen einen fieberhaften Magenkatarrh nicht immer von beginnendem Typhus, eine einfache Halsentzündung nicht immer von einer beginnenden Diphtheritis, einen fieberhaften Euströhrenkatarrh nicht immer von einer im Anfang begriffenen Lungenentzündung unterscheiden.

Die Schulmedizin lehrt in solchen Fällen abzuwarten, bis die Diagnose gesichert ist, wobei man aber mit dem Heilen oft zu spät kommt. Das Naturheilverfahren wendet auch in solchen Fällen, welche erst in der Entwicklung begriffen sind, Maßnahmen lokaler und allgemeiner Natur an, wodurch es zu einer Krankheit von einem ausgesprochenen Charakter überhaupt nicht kommt. Denn gerade solche Fälle, welche sich noch nicht mit Sicherheit erkennen lassen, sind oft, weil erst in der Entwicklung begriffen, leichter Natur. Hiermit soll keineswegs ein planloses, unwissenschaftliches Vorgehen am Krankenbett das Wort geredet werden. Denn der auf dem Boden der Naturheilkunde stehende Arzt ist ebenfalls bestrebt, eine Diagnose zu stellen, derselbe legt aber dann, wenn dies wissenschaftlich noch nicht möglich ist, keineswegs die Hände in den Schoß.

Welchen Standpunkt nimmt das Naturheilverfahren gegenüber der Chirurgie ein? Es läßt sich nicht immer ein operativer Eingriff vermeiden, wohl aber werden bei naturgemäßer Behandlung manche Operationen überflüssig.

Besonders günstig sind die Ergebnisse des Naturheilverfahrens bei struphulösen Lymphdrüsenanschwellungen des Halses, wobei sich namentlich die bei Operationen unvermeidlichen narbigen Entstellungen verhüten lassen. Ferner gelang es in den meisten Fällen, Flüssigkeitsansammlungen im Brustfell durch Anwendung von Wasser und Dampf ohne operative Eingriffe fortzuschaffen. Diese und ähnliche Thatfachen zeigen, daß das Naturheilverfahren mild in der Form, wirksam aber in der Sache ist.

Auch in der Impfsache hat das Naturheilverfahren einen entgegengesetzten Standpunkt. Das Reichsimpfgesetz

vom Jahre 1874 wurde erlassen auf Grund eines Gutachtens der wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, welches in zwei Sätzen gipfelte: Erstens sei der Impfschutz durch die Statistik bewiesen, zweitens kämen Gesundheitsbeschädigungen bei dem Impfstoff nicht vor. Beide Annahmen erwiesen sich als Irrthum. Denn die statistischen Angaben der Impfspreunde halten einer vorurteilsfreien Kritik gegenüber keinen Stand, andererseits wird das Vorkommen von Impfschäden, namentlich eines ansteckenden Hautausschlags (impetigo contagiosa) selbst bei der Verwendung von Kälberlympe in einem Erlass des Medizinalministeriums vom 18. September 1888, unterzeichnet von Herrn v. Gokler, ausdrücklich zugegeben. — Endlich nimmt die Naturheilkunde gegen die einseitige bakteriologische Richtung des Professors Robert Koch entschieden Stellung. Die Existenz der Bazillen soll keineswegs geleugnet werden, indes ist es falsch, die Bazillen allein für alles Uebel verantwortlich zu machen. Professor Robert Koch machte den großen Fehler, alle Schuld den Bazillen allein beizumessen, während er diejenigen großen sozialhygienischen Faktoren überseh, welche den Bazillen ihre Existenzbedingungen schaffen. Hierdurch richtete Professor Koch, der hervorragende Bakteriologe, als Hygieniker Unheil an. Die Schädlichkeit der bakteriologischen Richtung in der Frage der Heilung erwies sich bei der Tuberkulinfäure traurigen Angebens, ihre Anzulänglichlichkeit in der Verhütung und der Bekämpfung der wirklichen Ursachen der Seuchen, z. B. bei der Cholera. Ihre moralischen Schäden treten hervor in der hochgradigen Ansteckungsfurcht, ihre Gefahren für die Volksfreiheit zeigten sich bei dem 1. Zt. geplanten Reichsimpfgesetz.

Die Heilserumbehandlung beruht auf den gleichen falschen Voraussetzungen. Nur ist hier der Irrtum längere Zeit möglich als bei dem Tuberkulin, erstens weil die Diphtherie eine höhere Genesungsziffer an sich hat als die Tuberkulose, zweitens, weil im Anfang es schwierig ist, die Diphtheritis von einer einfachen Halsentzündung zu unterscheiden. Auch bei der Diphtheritis hat sich das Naturheilverfahren glänzend bewährt. Wenn diese Resultate nicht so öffentlich bekannt sind wie das Heilserum des Professor Behring, so liegt dies daran, daß maßgebende Tagesblätter von der bakteriologischen Richtung beherrscht werden, unreihe Ideen derselben ausposaunen, hingegen die wirklichen im Kampfe um die Gesundheit auch bei der Diphtherie bewährten Faktoren der Naturheilkunde einfach tuschweigen.

Wäge deshalb der Einzelne sich selbständig um Fragen des körperlichen Wohles mehr kümmern, möge es in Gesundheitsfragen heißen: Mehr Licht! —

Stelle der Meinung, daß gerade für den Apothekerberuf die Frauen besonders geeignet seien, so daß es sich wohl empfehlen, ihnen den Eintritt in diesen alsbald zu gewähren. Bereits das preussische Abgeordnetenhaus hat in der Session 1890/91 eine Petition um Zulassung der Frauen zum pharmaceutischen Studium und zur Ausübung des Apothekerberufs der Staatsregierung als Material überwiesen. —

Frauenstudium in Rußland.

Die Frage des medizinischen Studiums für Frauen in Rußland ist in der jetzt abgelaufenen Session des Reichsrates gelöst worden, indem der Beschluß gefaßt wurde, ein „Weibliches Medizinisches Institut“ in Petersburg zu errichten. Die russischen Frauen erhalten damit ein Recht wieder, das sie schon bis 5. August 1882 befehlen hatten, zu welchem Zeitpunkte der kaiserliche Befehl erfolgte: die bei dem Nikolai-Kriegshospital bestehenden „Weiblichen Kursen“ aufzuheben. Der National-Beitrag wird dazu aus Petersburg geschickt: Auf das Verlangen, daß Personen des weiblichen Geschlechts die medizinischen Fakultäten aller Universitäten besuchen und dort gemeinschaftlichen Unterricht mit den Studenten genießen dürfen, ist die Regierung nicht eingegangen. Die russischen Frauen werden sich nur in dem „Weiblichen Medizinischen Institut“ in Petersburg zum Arzt ausbilden können. Das Schwergewicht in der Ausbildung der weiblichen Ärzte ist auf die Geburtshilfe und Frauen- und Kinderkrankheiten zu legen. Als Hörerinnen des Instituts werden bis zu einer gewissen Anzahl, die der Minister der Volksaufklärung festsetzt, nur weibliche Personen eines christlichen Bekenntnisses (also keine Jüdinnen) aufgenommen, die nicht jünger als 20 und nicht älter als 35 Jahre sein dürfen. Zur Aufnahme gehört vor allen Dingen ein Zeugnis der Polizei über politische Zuverlässigkeit und die Einwilligung der Eltern oder Vormünder, resp. — bei verheirateten Frauen — des Ehe-mannes. Der Bildungsgrad der aufzunehmenden Hörerinnen muß folgender sein: Frauen, die den vollen Kursus eines weiblichen Gymnasiums oder einer gleichwertigen Lehranstalt absolviert haben, unterliegen noch einem Nach-examen in den beiden alten Sprachen, wie beim Abgang aus einem Knaben-Gymnasium. Ohne ein solches Examen werden nur Personen aufgenommen, die schon die Peters-burger „Höheren Weiblichen Kurse“ besucht und dort das Examen in Latein und Griechisch bestanden haben, oder die ein Mädchen-Gymnasium mit dem Kursus der alten Sprachen absolviert haben. Der Kursus des Insti-tuts ist ein vierjähriger in acht Semestern, die vom 20. August bis zum 20. Dezember und vom 15. Januar bis zum 30. Mai gehen. Nach Beendigung der allge-meinen medizinischen Bildung im Institut sind die Hörerinnen noch verpflichtet, sich während eines Zeitraums von 1 bis 3 Jahren in Anstalten für Geburtshilfe und in speziellen Krankenhäusern für Frauen und Kinder unter der Leitung erfahrener Ärzte praktisch zu beschäftigen. In dem Institut werden folgende Lehrgegenstände vor-getragen: Anatomie, normale Histologie und Embryologie, Physiologie, allgemeine Pathologie, spezielle Pathologie, Therapie, Diagnose, medizinische Chemie, organische und anorganische Chemie, Physik, Mineralogie, Botanik und Zoologie (mit vergleichender Anatomie), Pharmakognosie und Pharmazie, Pharmakologie nebst Rezeptur, Toxicologie und Lehre von den Mineralwässern, Pathologische Anatomie nebst pathologischer Histologie, Accouchement-Kunst (mit Kliniken), Frauen- und Kinderkrankheiten (mit Kliniken), Hygiene, Chirurgie mit Desmurgie, operatives Accouchement, Syphilidologie nebst Dermatologie (mit Kliniken), Ophthalmologie (mit Kliniken), Nerven- und Geschlechtskrankheiten (mit Kliniken). Die Prüfungskommissionen werden vom Minister der Volksaufklärung festgesetzt. Die Hörerinnen, welche den Kursus befriedigend absolviert haben, erhalten ein Diplom auf die Würde eines „Weiblichen Arztes“. Dasselbe verleiht das Recht, überall im Reich auf Grundlage der Gesetzbestimmungen für frei-praktizierende Ärzte zu praktizieren, aus den Apotheken nachwirkende Mittel zu verschreiben, das Recht als Spezialisten für Frauen- und Kinderkrankheiten allenthalben im Reich, aber ohne die Rechte des Staatsdienstes, Posten von Ärzten bei weiblichen Lehr- und Wohl-thätigkeitsanstalten, bei Krankenhäusern für Frauen und Kinder und bei den Institutionen der Eitenpolizei ein-zunehmen; ferner können sie von den Gouvernements-Medizinverwaltungen auch zur Leitung landwirtschaftlicher Medizinalkliniken und von Krankenhäusern der Landgemeinden auf dem Lande zugelassen werden. Dagegen dürfen weibliche Ärzte an den allgemeinen Krankenhäusern in Städten nicht wirken und auch nicht als Ärzte bei der Heilanstalt-Aushebung und zur Vornahme gerichtsmedicinischer Operationen zugelassen werden.

Bei dem Institut wird ein Internat gebildet, in welchem diejenigen Hörerinnen leben müssen, die nicht bei Eltern oder nahen Verwandten wohnen. Die Zahlung für den Unterhalt im Institut wird vom Minister der Volksaufklärung festgesetzt und dürfte auf 100 Rubel jährlich bemessen werden. Das Institut untersteht unter direkter Oberleitung des Ministers dem Direktor des Petersburger Lehrbezirks, die direkte Leitung des Instituts nebst Internat fällt dem Direktor des Instituts aus, wobei der noch ein „Rat der Lehrer“, ein „Rat der Verwaltung“, ein honorarischer Komitee und endlich die Inspektoren nebst deren Gehilfen stehen.

Der Bau des Instituts soll zum 1. Januar 1897 fertiggestellt sein und im Sommer desselben Jahres soll die Eröffnung des Instituts erfolgen. Die Anzahl der Hörerinnen der aufgehobenen „Weiblichen Kurse“ betrug in den letzten Jahren 450—460. Wie groß das Bedürfnis der russischen Frauen nach höherer Bildung ist, zeigt auch daraus, daß die Petersburger „Höheren Weiblichen Kurse“ mit ihrer physikalisch-physiologischen und mathematischen Abteilung, die mit 150 Personen besetzt waren, jetzt 267 Hörerinnen zählen.

Hungerlöhne.

Die Arbeiterinnen als Produzenten und als Konsumenten versteht ein Strohhutfabrikant in Magdeburg bei Dresden ganz vorzüglich. Dieser brave Mann begnügt sich nicht damit, die Strohhutnäherinnen niedrig zu entlohnen, er läßt sich von ihnen auch den Zwinz, den sie zu ihrer Arbeit bedürfen, unverkämmt teuer bezahlen. Die Rolle Faden, welche man in Dresden mit 44 bis 48 Pf. bezahlt, verkauft er seinen Arbeiterinnen um 65 Pf., d. h. mit 22 bezw. 17 Pf. Aufschlag. Diese Praktik ist eine grobe Gesetzesverletzung, aber: „zum Teufel mit der Gerechtigkeit, es lebe der Profit!“ Und recht netten Profit weist die gekennzeichnete Praktik ab. Jede Strohhutnäherin verbraucht in der Woche durchschnittlich sechs Rollen Faden, und da in der betreffenden Fabrik unter 150 Arbeiterinnen beschäftigt sind, so streicht der Unternehmer schmunzelnd einen Extra-„Entbehrungslohn“ von 150 bis 180 Mk. in der Woche ein. Einen „Entbehrungslohn“, herausgepreßt aus den Entbehrungen der Arbeiterinnen, von denen einer jeden der Wochenverdienst durchschnittlich um 1 Mk. 2 Pf. bis 1 Mk. 26 Pf. durch den sauberen Kniff des Unternehmers gekürzt wird. Der betreffende Fabrikant ist jedenfalls reich, überreiß für den Kommerzienrat. —

Gesetzeskunde für Arbeiterinnen.

Können Frauen im Wahlverein aufgenommen werden? § 11 des preussischen Vereinsgesetzes sagt allerdings: „Wahlvereine unterliegen den Beschränkungen des § 8 nicht.“ § 8 enthält das Verbot für Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, „Frauenspersonen, Schüler oder Lehrlinge“ als Mitglieder aufzunehmen, oder mit gleichartigen Vereinen in Verbindung zu treten. Demnach hätten nach dem Wortlaut des § 21 Wahlvereine das Recht, Frauen aufzunehmen. Indes raten wir dringend davon ab, einen solchen Versuch zu machen, denn er würde zweifels-ohne mit Schließung des Vereins und Bestrafung seiner Leiter enden. Denn zunächst hat bereits das frühere preussische Ober-Tribunal wiederholt entschieden, daß Wahlvereine im Sinne des § 21 des Vereinsgesetzes nur solche Vereine seien, die die Vorbereitung einer einzelnen, bestimmten Wahl bezwecken. Als Grund für diese allerdings für Laien auffallende Auslegung führt es aus den Verhandlungen der zweiten Kammer (Stenographischer Bericht V, S. 2799) die gelegentliche Äußerung an: „daß die von den Beschränkungen des § 8 freigegebenen Wahlvereine nur die erleichterte Vorbereitung konkreter anstehender oder bevorstehender Wahlen durch Organisation der dabei sich geltend machenden politischen Parteibestrebungen zum Gegenstand haben sollen.“ Hieraus folgert das Gericht, durchaus dem reaktionären Klasseninstinkt der im Besitz der politischen Macht befindlichen Klasse entsprechend, daß „die kontinuierliche Bearbeitung der Vereinsmitglieder im Sinne eines bestimmten Programms, zum Zweck der Verwirklichung durch künftige, noch unbestimmte Wahlen den Kreis der Wahlvereinsthätigkeit insofern weit über-schreitet und in denjenigen der politischen Vereine als solcher übergreift, als hier das Resultat der Wahl nur als vereinzelt Mittel zu einem höher liegenden Vereins-zweck, der Verwirklichung des Parteiprogramms, erscheint, während dasselbe nach der für die Freiegebung der Wahlvereine bestimmend gewesenen Idee der Vereinszweck selbst sein soll. Das Gesetz will die Freiheit der Erörterung über Ausübung des Wahlrechts jedem einzelnen innerhalb der Vereinsthätigkeit schützen. Aber es will nicht die Erörterung derjenigen politischen Anschauungen, welche der Ausübung des Wahlrechts des Einzelnen zu Grunde liegen, unbedingt in gleicher Weise den Beschränkungs-maßregeln des § 8 entziehen.“ Ueberdies tritt hinzu, daß anzunehmen ist, daß auch für so eingeeengte Wahlvereine solche Gerichte die Mitgliedschaft von weiblichen Personen für unzulässig erachtet werden, die durch Schließung vermeintlich politischer Frauenvereine als Rechtsnorm festgestellt wissen wollen: die Aufnahme von Frauen in nur aus Frauen bestehenden Vereinen ist strafbar. —

Ueber Mädchenerziehung.

Verständlich ist die ethnische Kultur, Wochenschrift für sozial-ethische Reformen, aus einem Briefe Friedrichs II. folgenden: „Man giebt sich nicht die Mühe, den Verstand der Mädchen auszubilden, man läßt sie ohne Kenntnisse und läßt ihnen nicht einmal Gefühl für Tugend und Ehre ein; die gewöhnliche Erziehung dreht sich um den äußeren Anstand, Benehmen und Kleidung; dazu kommt eine oberflächliche Kenntnis der Musik, die Bekanntschaft mit einigen Sapphielen oder Romanen, Tanz und Spiel, und so hat man einen Maßstab für alle Kenntnisse des weiblichen Geschlechts. . . . Weil sie Barbaren sind, sieht man es den Entwürfen nach, daß sie ihre Töchter mit allen Sitten der Gefälligkeit und Wohlthätigkeit bekannt machen, um sie dann dem Serail in Konstantinopel um so teurer zu verkaufen; das ist ein Sklavenhandel. Wenn aber bei einem freien und gebildeten Volk der erste Adel solcher Sitten sich anzuschließen beginnt, so wird ihm das bei der ersten Gelegenheit nachzusehen vorgeworfen werden. . . . Die Niederlichkeit der Frauen hat ihre Quelle vielmehr in der Unthätigkeit ihrer Lebensweise, als in dem Feuer ihres Temperaments; zwei bis drei Stunden, oder gar noch mehr, vor dem Spiegel stehen, ihre Kleider zu bewundern, den ganzen Nachmittag mit Klatschereien zu verbringen, darauf ins Theater zu gehen, am Abend zu spielen, dann zu Nacht zu essen und wieder zu spielen — ist da wohl noch Zeit, einmal bei sich selbst einzufahren, und wird die Langeweile der Liebesdrang an diesen weiblichen, müßigen Leben sie nicht zu Vergnügungen anderer Art hinleiten, wäre es auch nur aus Abwechslung oder um ein neues Gefühl kennen zu lernen? Die Menschen beschäftigen, das ist das Mittel, sie von Sünden zu befreien. . . . Ein Mädchen kann sich mit weiblichen Arbeiten, mit Musik, ja sogar mit Tugenden unterhalten; man muß jedoch vor allem darauf hinarbeiten, ihren Geist zu bilden, ihr Geschmack

für gute Werke beizubringen. . . . Ich gestehe Ihnen, daß ich oft empört war, wenn ich mir vorstellte, bis zu welchem Punkt man in Europa diese Hälfte des Menschengeschlechts gering schätzt und alles versäumt, was ihren Verstand auszubilden kann.“ Der „hohe Herr“ wird mit seiner Schilderung leider so lange recht behalten, als die heutige kapitalistische Gesellschaftsordnung bestehen bleibt. Erst die Sozialdemokratie wird der Frau die ihr gebührende und ihrer einzig würdige Stellung in der Gesellschaft anweisen, sagt zu Obigem die Berner Tagwacht. —

Vermischtes.

Die Gefahren der Friseur — eine Warnung, gerichtet an die Damen. In den Pariser Blättern findet sich der Bericht eines Prozesses, der durch die Tötung eines Menschen unter sehr eigentümlichen Umständen veranlaßt worden ist. Eine Pariser Dame der Halbwelt, Fräulein Gachete, bestellte am 10. Mai d. J. ihren Friseur, er solle kommen für champoing, d. h. den Kopf auf amerikanische Art reinigen und waschen. Der Friseur selbst, Mr. Lepain, war aber abgehalten und schickte sofort seinen Gehilfen Russier. Dieser brachte das nötige Material und Handwerkszeug mit, und, nachdem er das Haar mit den zum Teil aus flüchtigen Essenzen und Oelen bestehenden Stoffen bearbeitet hatte, zündete er, da die Dame das Haar auch in Locken gebrannt haben wollte, anderthalb Meter von derselben entfernt — wie die Polizeivorschrift es erheischt — eine Spirituslampe zum Glühendmachen des Brenneisens an. Unerwartlich fing das Haar der Dame Feuer, lohnte wie Pulver hoch empor und war im Nu verbrannt. Den Kopf der Unglücklichen, die laut schreiend ins Nebenzimmer gerannt und dort ohnmächtig niedergefallen war, bedeckte eine furchtbare Brandwunde, und, obgleich ärztliche Hilfe sofort herbeigeholt wurde und Alles geschah, was ärztliche Kunst thun konnte, erfolgte der Tod nach 24stündiger Qual. Nach einiger Zeit beschäftigte dieser Fall das Gericht. Lepain und Russier waren der fahrlässigen Tötung angeklagt, und, obgleich sie nachwiesen, daß die von ihnen angewandten Essenzen allgemein im Gebrauch sind, und daß Russier die nötige Vorsicht beobachtet habe, verurteilte der Gerichtshof Russier zu drei Monaten Gefängnis und Lepain zur Civilentschädigung. Das bringt aber das Opfer der Friseurkunst nicht ins Leben zurück. —

Modernes Schmarogertum.

lernte man in dem Prozeß gegen die frühere „Schauspielerin“ Josefine Wirth kennen. Sie ist eine Angehörige der Halbwelt; nach dem Austritt aus der Volksschule kam sie als Modell in eine Kunstlerschule und wurde nach dieser Vorschule für das Theater an der Wien engagiert, angeblich als Schauspielerin, in Wirklichkeit um als lebendes Fleisch, als Modell im „Fall Clemenceau“, die Sinne der Männer zu kühlen. Fünf Gulden bekam sie abendlich als Spielhonorar, ein Beweis, daß die Theater-Direktion mit der Prostituirung der „Schauspielerin“ als einer Selbstverständlichkeit rechnete. Sie hatte sowie die andern „Schauspielerinnen“ ihren Grafen, der ihre Liebe bar bezahlte. Die Maitresse eines Grafen unterscheidet sich aber von einer andern Prostituirten dadurch, daß sie Chic, Eleganz, seine Hosen und Diamantenschmuck haben muß. Da der „Graf“ der Wirth offenbar ein notleidender Grundbesitzer war, mußte sie Diamanten ausleihen, und als sie in Karlsbad — im Sommer ist die noble Welt und daher auch ihre Maitressen nicht in Wien — in Geldverlegenheit kam, verleihte sie den Schmuck, den sie ausgeliehen hatte. Deshalb wegen Veruntreuung verhaftet und angeklagt, stand sie vor dem Erkenntnisgericht, und da stellte sich heraus, daß die Juwelenhändler, die ihr die Diamanten liehen, täglich zehn bis fünfzehn Gulden als Verleihgebühr einsteckten. Es sind gewiß sehr achtbare, angesehene, ehrbare Familienväter, die aus dem Schand-gewerbe einer Unglücklichen ihren Profit machten, ohne dabei irgendwelche Gewissensbisse zu empfinden. Fragte doch einer vor Gericht ganz erstaunt, warum er denn nicht hätte so viel verlangen sollen, da doch das Fräulein eine luxuriöse Wohnung, livrierte Equipage, eigene Pferde gehabt habe und der Herr Graf für alles garantierte. Daß das Fräulein für die Aufbringung der Verleihgebühr sich verkaufte, das kümmert den Geschäftsmann nichts. Das Geld reicht nicht, es verrät seinen infamen Ursprung nicht. Die Halbwelt-dame ist nunmehr dort angelangt, wo ihre Schicksalgenossen über kurz oder lang ankommen, im Gefängnis, im Elend. An ihre Stelle tritt neue Ware für die reiche Tagesliebe, um wieder nach einem kurzen Freudenrausch des elendesten Todes zu sterben. Von ihrem Schandgewerbe hat die noble wie die gewöhnliche Prostituirte Krankheit, Elend, Kerker und Tod, ihre Grafen haben das Vergnügen und die ehrbaren Geschäftsleute den Profit. —

Gemeinnütziges.

Gegen Rüdennisse hilft das Bestreichen der Stelle mit gewöhnlicher Waschseife. Die Seife wird etwas angefeuchtet und so dick aufgestrichen, daß der Anstrich sichtbar ist. Sollte man von einem besonders giftigen Thier gestochen sein, dann wird der Anstrich später wiederholt, nachdem der erste sich verloren. Dieses Mittel hat außerdem den Vorzug, daß ein Stückchen Seife in der Tasche weniger belästigt als ein Fläschchen Salmiak, und daß man Seife leichter zur Hand hat als Salmiak. —

Wasserstände.

	Elbe.	Walt.	W. d. N.
Königs	6. Aug. + 0.38	7. Aug. + 0.38	—
Dresden	7. Aug. — 0.91	8. Aug. — 0.84	— 0.07
Torgau	„ — 0.87	„ — 0.94	— 0.07
Wittenberg	„ — 1.42	„ — 1.48	— 0.06
Roßlau	„ — 0.87	„ — 0.86	—
Helmstedt	„ — 1.00	„ — 0.97	0.03
Magdeburg	8. Aug. — 0.98	9. Aug. — 0.98	—
Langerwies	7. Aug. — 1.46	8. Aug. — 1.42	— 0.04
Wittenberg	„ — 1.13	„ — 1.14	— 0.01
Dessau, Pöpel	„ — 0.42	„ — 0.54	— 0.12
Wittenberg	„ — 0.53	„ — 0.61	— 0.08